

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.,
im voraus zahlbar. Postbezugs 4,32 M.,
einzeljährlich 60 Pf. Postzeitungs- und
72 Pf. Postbestellgebühren. Zustellungs-
abonnements 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, Illustrierte Beilagen „Volk
und Welt“ und „Kindestreum“, Ferner
„Frauenstimme“, „Tageslicht“, „Bild in
die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konvertierung
des Pfennig, Restwert 4.— Reichs-
mark. „Kleine Anzeigen“ das selb-
gedruckte Wort 25 Pfennig (zünftig zwei
selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Belegentwurf das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 80 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft. Abendblätter 2. wochentägig
von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassenkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. B. u. Disk.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

Wirth und Fric.

Will sich das Reich mit Thüringen vergleichen?

Leipzig, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, hat die Parteien in der Streitfrage Reich—Thüringen auf Montag, den 22. Dezember, zu einer Aussprache nach Leipzig gebeten. Er beabsichtigt den Parteien einen Vergleich vorzuschlagen und mit ihnen über diesen Vorschlag zu verhandeln.

Beschwerde gegen das Saalfelder Verbot.

Weimar, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der gegen das Verbot des sozialdemokratischen „Saalfelder Volksblatts“ beim Innenministerium in Weimar eingelegte Beschwerde ist nicht stattgegeben worden. Der Verleger des Blatts hat daraufhin beim Reichsgericht gemäß § 9 des Gesetzes zum Schutze der Republik Beschwerde gegen das Verbot erhoben.

Aus der Zeugniszwangshaft entlassen.

Weimar, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Redakteur des sozialdemokratischen „Volk und Welt“, Töpfer, der am Donnerstag in Zeugniszwangshaft genommen worden war, weil er sich geweigert hatte, in dem Polizei-

streit Thüringen—Reich gegen mehrere Landespolizeibeamte eine Zeugenausfrage zu machen, ist am Freitag aus der Haft entlassen worden. Vorher wurde eine Rüge nach einer Rücksprache mit seinem Rechtsanwalt vernommen.

Franzen baut Unterstützungslage ab.

Im Freistaat Braunschweig hatte in den letzten drei Jahren die sozialdemokratische Regierung im Winter eine Beihilfe von 15 M. für den Hauptunterstützungsempfänger, von 10 M. für die Ehefrau und von 7 M. für jedes Kind, gezahlt. Jetzt hat Braunschweig eine Naziregierung. Obwohl die Nationalsozialisten in den letzten Jahren stets eine höhere Beihilfe als die Sozialdemokraten gefordert hatten, brachte der Naziminister Dr. Franzen im Braunschweigischen Landtag eine Vorlage ein, nach der nur 9, 4 und 3 M. Unterstützung gezahlt werden sollen. Die Sozialdemokratie beantragte wieder die alten Sätze zur Auszahlung zu bringen. Ihr Antrag wurde jedoch von den bürgerlichen und Nazistimmen abgelehnt. Daraufhin stimmte die Sozialdemokratie einem Naziantrag zu, der die von Franzen vorgeschlagenen Sätze enthält.

Die Arbeiter, die am 14. September den Nazis nachgelaufen sind, werden jetzt wohl allmählich einsehen, was für eine Dummheit sie gemacht haben!

tigten Intervention Englands, die in dem Industrie-Prozess eine große Rolle spielte. Ferner gab der Regierungsvorsitzer zu, daß er in dem Urteilswortlaut, wie er ihn in englischer Sprache vorlege, keine direkten Anschuldigungen finden könne. Die mittelbaren Hinweise gäben keinen genügenden Grund für weitere Schritte der englischen Regierung im gegenwärtigen Augenblick. Die englische Regierung beabsichtige also, diesen Fall hiermit als erledigt zu betrachten.

Revolutionäre stellen sich selbst.

Franco kündigt Rückkehr an.

London, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Madrider Korrespondent des „Daily Herald“ berichtet seinem Blatt: „Die beiden sozialistischen Führer Fernando de las Naves und Largo Caballero, zwei Hauptträger der revolutionären Bewegung, haben sich am Freitag freiwillig der Madrider Polizei gestellt, um dadurch ihre Solidarität mit den anderen gefangenen Republikanern zu betonen. Trotz ihrer bekannten Rolle bei dem Aufstand waren die beiden Sozialisten nicht verhaftet worden, weil die Regierung dadurch Sympathien bei den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei zu erringen suchte. Die Antwort darauf war die Selbststellung der beiden Sozialisten.“

Major Franco sandte aus Portugal ein Telegramm nach Madrid, er habe seine Handtücher und seine Mähe verpackt, die er sich bald zu holen gedenke.

Das schweizerische Parlament hat die Schlüsselzahl für die Wahl eines Nationalrats von 20 000 auf 22 000 erhöht und die Amtsdauer des Nationalrats von 3 auf 4 Jahre verlängert. Die Sozialdemokraten stimmten gegen beide Vorlagen.

Große Kundgebung!

gegen Kulturreaktion und Kriegsgefahr

am Sonntag, dem 21. Dezember 1930, mittags 12 Uhr, auf der großen Wiese im Humboldthain.

Redner: Clara Bohm-Schuch, Arthur Crispian, Hermann Harnisch, Kurt Heinig, Carl Litke, Dr. Kurt Löwenstein, Otto Meier.

Parteigenossen! Sorgt für Massenbesuch!

Tardieus Niederlage.

Stegg hat bis Mitte Januar Ruhe.

Paris, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Die diktatorische Ueberheblichkeit Tardieus scheint nach dem knappen Sieg des Kabinetts Steeg einen schweren Schlag erlitten zu haben. Die Legende von der Allmacht und der Unfehlbarkeit Tardieus ist, wie der sozialistische „Populaire“ am Freitag mit Recht feststellte, vernichtet.

Betrachtet man das Abstimmungsergebnis genau, so ist festzustellen, daß die Regierung Steeg neben den sozialistischen und den radikalen Stimmen nur die Unterstützung von drei Mann aus dem Lager der sogenannten radikalen Linken (Gruppe Loucheur, die einst im Linkslager mitgearbeitet hat und obwohl ihr Führer Loucheur dem Kabinett angehörte) und nur fünf Stimmen aus dem Lager der republikanischen Linken (Gruppe Tardieu) erhalten hat. Die Tardieu-Anhänger haben also ihr Maximum aufgebracht und sind doch geschlagen worden. Allerdings haben sich 33 Abgeordnete der Stimme enthalten, und zwar hauptsächlich die wilden und die der Loucheur-Gruppe. Voll Wut stellt die Rechtspresse am Freitag fest, daß es Steeg ein leichtes sein werde, die 33 Unentschiedenen zu sich herüberzuziehen, zumal er noch ein halbes Duzend Minister- und Unterstaatssekretärposten zu besetzen habe. Zwei Mann aus dem Lager der radikalen Linken haben übrigens ihre Abstimmung bereits erledigt, so daß die Mehrheit Steegs inzwischen auf 9 Stimmen gestiegen ist.

Dazu kommt aber, daß Tardieu in seinem Kampfesifer und in seiner Rücksichtslosigkeit in der Wahl der Mittel das Maß des Erlaubten doch überschritten hat. Selbst der „Paris Midi“, der keineswegs im Lager der Linken steht, wirft Tardieu vor, daß er bis zum „Leichten Verrat“ gegangen sei, zu den „niedrigsten Intrigen“ gegriffen und damit in der Kammer ein müßiges Chaos hervorgerufen habe, in dem keine ernsthafte Arbeit mehr geleistet werden könne. Der „Temps“ gibt dem Kabinett Steeg die allerdings „schwierige Chance“, seine Mehrheit nach rechts bis ins Lager der Tardieu-Gruppe hinein zu vergrößern. Allerdings müsse er sich dazu von der „Diktatur der Sozialisten“ freimachen, die ihm zwar einmal zum Siege verholfen hätten, aber keine dauerhaften Bundesgenossen seien.

Inzwischen hat Steeg nach seinem ersten parlamentarischen Sieg die Kammer am Freitag in die Ferien geschickt. Er hat damit bis zum 13. Januar Zeit und Ruhe, sein Kabinett auszubauen.

Rykov endgültig abgesetzt.

Moskoff sein Nachfolger.

Moskau, 19. Dezember.

Die Zentralkommission der Sowjetunion enthob den Vorsitzenden des Volkskommissariats der Sowjetunion Rykoff seinem Posten gemäß seines Postens und ernannte Moskoff zu seinem Nachfolger.

London protestiert nicht mehr.

London, 19. Dezember.

Einer Mitteilung des Unterstaatssekretärs Dalton im Unterhaus zufolge erwartet die englische Regierung von Moskau keine Antwort auf ihre letzten Einprüche in Moskau wegen der angeblich beabsich-

Wer hat den Krieg gewonnen?

Die internationale Schuldenverschlingung.

Von Kurt Heinig.

Ist es überhaupt schon entschieden, welches Land den Weltkrieg verloren hat? Die Nationalsozialisten sind mit der Antwort rasch fertig; die Kommunisten beinahe ebenso schnell. Soweit dem Bürgertum bei seiner jämmerlichen Angst vor dem Rechtsradikalismus überhaupt noch Zeit zum Nachdenken bleibt, meint es, daß die verlorenen Gebiete und die Kriegsschuldenlast die Antwort doch deutlich genug geben.

So einfach ist die Beantwortung unserer Frage aber gar nicht.

In den sogenannten Siegerländern England, Belgien, Italien haben wir seit Jahren riesenhafte Arbeitslosigkeit; in England waren schon im Juni dieses Jahres sechzehn Prozent aller von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Personen ohne Arbeit. Aber auch in jenem Lande, dem letzten Endes alle europäischen Kriegsschulden in erheblichem Maße zuzuflehen — die Vereinigten Staaten von Amerika —, hungert jetzt ein Arbeitslosenheer, das zwischen fünf bis acht Millionen geschätzt wird.

Im Paradies Rußland wurden im Jahre 1929 amtlich noch regelmäßig 1,3 bis 1,8 Millionen Arbeitslose gemeldet. Jetzt ist die Arbeitslosigkeit „abgeschafft“, der Arbeitslose wird nicht mehr gezählt und nicht mehr unterstützt.

Auch in den nach dem Kriege neu gegründeten Staaten hat, trotz der ihnen zugefallenen deutschen und österreichischen Gebiete die Arbeitslosigkeit verheerenden Umfang angenommen. Das gleiche gilt für die im Kriege neutral gebliebenen Länder.

Man sieht mit Ausnahme von Frankreich, das schon in der Vorkriegszeit Zuwanderung fremder Arbeitskräfte nötig hatte, daß es überall in der Nachkriegszeit an Arbeit fehlt. Wir haben auf dem Erdball heute wahrscheinlich zwischen fünfzehn bis zwanzig Millionen Arbeitslose.

Deutschland seufzt unter seinen Schuldenlasten, im besonderen unter dem Young-Plan. Aber England hat Kriegsschuldenforderungen an Frankreich, Italien, Rumänien, Südslawien, Portugal und Griechenland und Kriegsschuldenverpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten. Frankreich hat Kriegsschuldenforderungen an Rumänien, Südslawien und Griechenland, denen Kriegsschuldenverpflichtungen gegenüber England und den Vereinigten Staaten stehen. Ebenso haben Italien und Belgien Kriegsschuldenverpflichtungen gegenüber England und den Vereinigten Staaten.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben für 1929/30 in ihrem Staatsetat eine Einnahme von 3,84 Milliarden Dollar. In dieser Summe sind selbstverständlich die aus Europa zuzuflehenden Schuldentrückzahlungen enthalten. Zur Verzinsung und Tilgung ihrer eigenen Schulden verbrauchen die Vereinigten Staaten jährlich 1,19 Milliarden Dollar von ihren Einnahmen. Für den Veteranenfonds (Unterstützungen und Versorgung von Kriegsteilnehmern und Hinterbliebenen) haben die Vereinigten Staaten 423 Millionen Dollar jährlich auszugeben. Rechnet man diese beiden Kriegslasten zusammen, so ergibt sich eine jährliche Leistungspflicht der Vereinigten Staaten in Höhe von — umgerechnet — 6,5 Milliarden Goldmark bei einer Gesamtstaatsausgabe von 16,6 Milliarden Goldmark.

Von dem Kriege hatte Großbritannien eine Staatsschuld von 13,3 Milliarden Mark. Ende 1929 betrug die Staatsschuld 153,5 Milliarden Goldmark. Der größte Teil dieser Schulden stammt aus den Kriegs- und Nachkriegsanleihen, nämlich 88 Milliarden Mark.

Frankreich hatte vor dem Kriege eine Staatsschuld von insgesamt 27,8 Milliarden Mark, jetzt hat Frankreich eine Schuldenlast von 463 Milliarden Papierfranken oder 76 Milliarden Goldmark. Diese Schuld ist durch die Entwertung des Franken auf den jetzigen Betrag herabgesunken.

Die Staatsschuld Belgiens betrug vor dem Kriege 4 Milliarden Goldmark; sie beträgt jetzt 6,5 Milliarden Goldmark; auch hier hat die Inflation die Papierschuld (55,4 Milliarden Franken) zusammenschrumpfen lassen.

Die Staatsschuld Italiens betrug vor dem Kriege 12,8 Milliarden Goldmark, sie beträgt jetzt 33,4 Milliarden (151,9 Milliarden Papierlire).

Bei den vorstehenden Schuldensummen sind die sogenannten politischen Schulden gegenüber dem Ausland, also im besonderen die Abzahlungen an die Vereinigten Staaten mit der inneren Staatsschuld, den inneren Anleihen der einzelnen Länder zusammengezählt. Frankreich und Belgien werden die letzte Rate ihrer inneren Kriegsschulden in den Jahren 2003 und 2013 getilgt haben! Die äußeren

Kriegsschulden aller am Kriege beteiligt gewesen Staaten laufen bis zum Jahre 1988!

Aber die großen am Kriege beteiligt gewesen Länder sind nicht nur durch Staatsschulden gegenseitig verflochten. Der Handel und das Kapitalgeschäft bindet sie ebenso aneinander.

Deutschland hatte im Jahre 1913 eine reine Wareneinfuhr (Spezialhandel) von 10,8 Milliarden und eine reine Warenausfuhr von 10,1 Milliarden Mark. Im Jahre 1929 hatten wir einen Außenhandel, der sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr nahezu je 14 Milliarden Mark erreichte. Mit der Handelsverflechtung entstehen internationale Kapitalbeziehungen. In Form von kurzfristigen Forderungen (Wechsel) und als langfristige Anlage wandert in tausend verschiedenen Formen das Kapital von Land zu Land.

Am 30. Juni 1930 hatte Deutschland zwischen 11,3 bis 12,3 Milliarden Mark kurzfristige kommerzielle Auslandsschulden. Dazu kamen 9,1 Milliarden Mark langfristige Auslandsschulden und 6 Milliarden sonstige ausländische Anlagen in Deutschland. Diesen insgesamt 26,4 bis 27,4 Milliarden Goldmark ausländischer Anlagen in Deutschland standen zwischen 9 bis 11 Milliarden kurz- und langfristiger deutscher Auslandsanlagen gegenüber; darin sind jene zwei Milliarden Mark, die nach dem 14. September wegen des nationalsozialistischen Geschreis nach dem Ausland gedrückt sind, oder vom Ausland als Kredit zurückgezogen wurden, noch nicht enthalten.

Die Zahlen zeigen, daß die ganze Welt, im besonderen aber Europa unter der Last der Kriegskosten und der Arbeitslosigkeit leidet. Das ist ein ausreichender Grund, um den Staaten klar zu machen, daß sie sich vertragen sollen. Was Deutschland an Sonderkriegskosten zu tragen hat, das schenken die sogenannten Siegerländer an der Last gewaltiger Rüstungsausgaben. Die ganze Welt schreit nach Verständigung und Zusammenarbeit, nach Ruhe und Frieden. Die Nationalsozialisten dagegen meinen, wir brauchen innere politische Unruhen, auch wenn die Kreditwirtschaft darunter leidet, und außenpolitische Konflikte, damit die Welt nicht zur Ruhe kommt.

Der Fall Bullerjahn.

Ein Appell an Staatssekretär Joel.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld hat an den Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Herrn Dr. Joel, ein Schreiben über den Fall Bullerjahn gerichtet, in dem es heißt:

„Es wird Ihnen bekannt sein, daß ich am 13. Dezember d. J. den Herrn Oberreichsanwalt auf Grund neuer Tatsachen, die ein Wiederaufnahmeverfahren rechtfertigen, gebeten habe, die Unterbrechung der Straffast beim Reichsgericht zu beantragen. Diese Tatsachen bestanden zunächst in einem Brief, den der frühere französische Leutnant Joet mir geschickt hat; mit ihm befragte er vollkommen die der positiven Feststellung des Urteils direkt widersprechende Mitteilung, die er schon vorher zwei um den Nachweis von Bullerjahn's Schuldlosigkeit bemühten Privatpersonen gemacht hatte;

er kenne Bullerjahn nicht, habe ihn nie gesehen und habe ihm daher auch kein Geld für begangenen Betrug bezahlt.

Mit diesem Brief ist eine neue Tatsache geschaffen, und der Herr Oberreichsanwalt hat diesen Umstand, der nach der Strafprozeßordnung zur Wiederaufnahme führen muß, auch in einer Erklärung anerkannt, die er einem Mitarbeiter der „Neuen Leipziger Zeitung“ gegeben hat und die in diesem Blatt am 16. Dezember d. J. veröffentlicht worden ist; danach würde er sich dafür einfechten, daß Joet als Zeuge vernommen werde, wenn er vor einem deutschen Gericht erscheinen wolle und wenn es der Verteidigung möglich sein sollte, ihn hierzu zu veranlassen.

Ich weiß mich eins mit Ihnen, Herr Staatssekretär, wenn ich sage, daß es nie und nimmer die Aufgabe der Verteidigung sein kann, mit einer fremden Regierung in dem Sinne Fühlung aufzunehmen, daß sie dadurch veranlaßt würde, einem ihrer Staatsangehörigen die Aussage über Dinge zu gestatten, die er doch nur im Umkreis amtlichen Wirkens für seine, also die fremde, Regierung wahrzunehmen oder nicht wahrzunehmen haben kann. Wenn ich Sie also bitte, den Herrn Oberreichsanwalt anzumeifen, selbst die Schritte zu tun, die zur Herbeiführung der Genehmigung seitens der Regierung der Französischen Republik für die Aussage des ehemaligen Offiziers notwendig werden, so geschieht dies angesichts der ungeheuren Bedeutung, die das Urteil für den unschuldig Verurteilten hat, und angesichts des großen Interesses, das die öffentliche Meinung mit jedem Tage mehr diesem Fall entgegenbringt.

Auch der Reichsjustizverwaltung kann es nicht gleichgültig sein, daß in weiten Schichten des deutschen Volkes die Meinung entsteht, es solle ein Unrecht verewigt werden, damit nicht das äußere Ansehen von Richtern Schaden leide, die, auch wenn die Schuld Bullerjahn's geringeren Zweifeln ausgesetzt wäre, als sie sogar das Urteil des 4. Straffenats vom 11. Dezember 1925 vernichten läßt,

dem Verurteilten doch ein wesentliches Verteidigungsrecht verkürzt haben. Ich meine, das durch die Strafprozeßordnung gewährte Recht des Angeklagten, seinem Beschuldiger gegenübergestellt zu werden.

Wäre Bullerjahn dieses Recht nicht verkürzt worden, so hätte die Verteidigung schon in der Hauptverhandlung Gelegenheit gehabt, die gänzliche Un glaubwürdigkeit des Zeugen v. Sontard zu erweisen. Und wenn der Herr Oberreichsanwalt bis jetzt die Einlieferung jenes Teils des Urteilspruchs, in dem die Mitteilungen der damals dem Angeklagten verheimlichten Vertrauensperson niedergelegt waren, für seine Auffassung ins Treffen führt, daß die Aussage v. Sontards für die Urteilsfindung nicht erheblich gewesen sei, so wird er jetzt seine Auffassung revidieren müssen, da ich nachgewiesen habe, daß schon im ersten, auch von der Anklagebehörde als erheblich bezeichneten Teil des Spruchs mit der Behauptung, Bullerjahn habe seinen „Verräterlohn“ in der Wohnung Joets erhoben, auf das Zeugnis der ungenannten Vertrauensperson vorgegriffen worden ist.“

Auf Grund der vorgetragenen Tatsachen fordert der Brief Anweisung an den Oberreichsanwalt, das Wiederaufnahmeverfahren zuzulassen und die Strafverfolgung zu unterbrechen.

Reichsminister Dr. Curtius ist nach Oberschlesien abgereist, um sich in Oppeln und Gleiwitz mit den Vertretern der politischen und Wirtschaftskreise über obereschlesische Fragen zu besprechen.

Hakenkreuzler Feder gesteht.

Er gibt zu, daß nationalsozialistische Anträge im Reichstag Unsinn sind.

Halle (Saale), 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Verlauf einer nationalsozialistischen Versammlung in Halle, in der Herr Gottfried Feder, der kürzlich von dem Sozialdemokraten Rötting am Rundfunk bedrängte Kleinbürger, sprach, richtete ein Vertreter der Bodenreformer an den Referenten die Frage, wie er sich zu dem von der SPD. im Reichstag eingebrachten Initiativantrag über Bodenreform stelle. Auf diese für ihn recht unangenehme sachliche Frage antwortete Feder, daß seine Partei zwar bodenreformerischen Bestrebungen nicht gerade unfreundlich gegenüberstehe, aber wenn etwas von der SPD. komme und noch dazu als Initiativantrag: schon faul. Man könne sich ja die Sache noch einmal ansehen, aber wie gesagt, was von der SPD. stamme: schon faul.

Ein anderer Versammlungsbesucher fragte Herrn Feder nach verschiedenen Initiativanträgen der NSDAP. im Reichstag, die offensichtlich Unsinn seien. Feder versuchte sich mit einem Goethe-Zitat aus der Situation zu retten: „Verstand ist nur bei wenigen zu finden.“ Als der unbequeme Frager aber nicht locker ließ, versuchte er sich herauszureden, indem er sagte: Er sei nicht der geistige Vater dieser Anträge, er müsse aber offen zugeben, daß sie Unsinn seien!

Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung

Kiel, 19. Dezember.

Gestern Abend ist hier eine Versammlung der Nationalsozialisten von der Polizei aufgelöst worden. Die Polizei gibt heute hierüber folgende Darstellung: In der vom Nationalsozialistischen Studentenbund gestern Abend in der „Deutschen Nacht“ veranstalteten öffentlichen Versammlung beschimpfte der Redner den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert. Der Redner hatte schon vorher wiederholt Äußerungen getan, die geeignet waren, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform verächtlich zu machen. Da der Versammlungsleiter die Verstöße gegen das Republikstrafgesetz duldet, wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst.

Ein Hakenkreuzschimpfbold wird gezüchtigt.

Karlsruhe, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Badischen Landtag kam es am Freitag zu schweren Zusammenstößen und Täuschlichkeiten. Im Verlauf der Besprechung einer Anfrage über Vorgänge an der Universität Heidelberg bezeichnete der nationalsozialistische Abgeordnete

Bereinbarung im Bankgewerbe.

6 Prozent Kürzung, aber Aufrückung bleibt.

Berlin, 19. Dezember.

In dem Tarifstreit der Bankangestellten ist heute Abend nach mehrtägigen Verhandlungen folgende Vereinbarung zustande gekommen: Der am 31. Dezember 1930 ablaufende Reichsstariftvertrag für das deutsche Bankgewerbe wird mit Wirkung vom 1. Januar 1931 bis zum 31. Dezember 1931 mit folgender Maßgabe verlängert: 1. Die Gehaltsätze aller Angestellten und Arbeiter (§ 21 a und b) und der in § 22 Ziffer 3 genannten Ausfühlfkräfte werden um 6 Proz. gekürzt. Die Sozialzulagen bleiben in der bisherigen Höhe bestehen. 2. Durch das Aufrücken in das nächsthöhere Berufs- oder Dienstjahr mit dem 1. Januar 1931 darf der Gehaltsatz nicht überschritten werden, welcher am 31. Dezember 1930 tariflich maßgebend gewesen ist. 3. An Stelle von § 32 Absatz 1 Satz 2 tritt folgende Bestimmung: In der Regel soll der Urlaub zwischen dem 1. April und dem 31. Oktober liegen. Wird dieser Urlaub auf Verlangen des Arbeitgebers in vollem Umfang außerhalb dieser Zeit genommen, so erhöht er sich um drei Tage.

Brüning an die Beamten.

Vertreter der Beamten-Epigenorganisationen beim Reichskanzler.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern Vertreter der Beamtenepigenorganisationen. Der Reichskanzler betonte, daß gerade in der heutigen schweren Zeit das Berufsbeamtentum die zuverlässigste Stütze des Staates sein müsse. Er könne sich nicht vorstellen, wie die schweren Aufgaben ohne ein treues und zuverlässiges Berufsbeamtentum zu lösen seien. Gegenüber den vorgetragenen Beschwerden über die laut gewordenen beamtenfeindlichen Angriffe wies der Reichskanzler darauf hin, daß die Beamtenchaft mit vollem Recht beanspruchen könne, daß die Allgemeinheit mehr Verständnis für ihre Tätigkeit aufbringe. Namens der Reichsregierung sprach der Reichskanzler die Erwartung aus, daß die Beamtenchaft nach wie vor unverbrochen ihre ganze Arbeitskraft dem Staate hingebende.

Als unverantwortlich bezeichnete es der Reichskanzler, daß den Beamten vielfach ihre Entlohnung, die nur einer angemessenen Lebenshaltung entspreche, mißgönnt werde. Wer die Dinge wirklich objektiv beurteile, müsse zugeben, daß die heutigen Bezüge nur bei sparsamster Wirtschaftsführung ausreichend seien. Die Sanierung der gesamten öffentlichen Hand habe eine Kürzung der Beamtengehälter notwendig gemacht, die angesichts der in gewissem Umfang zweifellos gesteigerten Kaufkraft des Geldes begründet erscheine. Er vertraue mit der gesamten Reichsregierung darauf, daß die Beamtenchaft Verständnis dafür habe, daß auch sie materielle Opfer bringen müsse.

Der Reichskanzler versicherte am Schluß seiner Ausführungen, daß die Reichsregierung die ungerochten Angriffe gegen die Beamtenchaft lebhaft bedauere.

Die Realsteuerentkung.

Der Reichsrat genehmigt die Durchführungsvorschriften

Der Reichsrat genehmigte die Durchführungsvorschriften zur Realsteuerentkung im Rechnungsjahr 1931. Diese Durchführungsvorschriften enthält die Vorchrift, daß Steuerätze und Nachtragsumlagen, die nach Landesrecht der Genehmigung bedürfen, nur dann bis zum 31. Dezember dieses Jahres als rechtswirksam beschloffen gelten, wenn auch die Genehmigung bis zu diesem Zeitpunkt schon erteilt ist. Der Genehmigung wird also keine rückwirkende Kraft

Kraft die angemessigen Darlegungen des Unterrichtsministers Kemmele und eines Regierungsvertreters als unwahr. Das Haus wandte sich daraufhin in stürmischen Entschloffenungen gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten, der sofort gegen das Zentrum eine drohende Haltung annahm und schließlich mit einem Zentrumsmitglied im Handgemenge geriet, der ihm mehrere Fausthiebe versetzte. Nur mit Mühe gelang es, die beiden Gegner zu trennen. Die Sitzung wurde unterbrochen. Von der neuen Sitzung wurden beide Abgeordnete ausgeschlossen.

Umzugsverbot in Münster.

Münster, 19. Dezember.

Der Regierungspräsident in Münster hat mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 2. Januar 1931 alle politischen Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

Nicht Kommunistenbomben — altes Kriegsgerät!

Pirmasens, 19. Dezember.

Die in den letzten Tagen bei Angehörigen einer kommunistischen Organisation beschlagnahmten Bomben waren bekanntlich aus Munitionsvorräten einer Fliegerabwehrbatterie hergestellt, die beim Abzug der deutschen Truppen nach Kriegsende in einen Weiher bei Wingen versenkt worden waren. Dieser Weiher ist gestern auf Veranlassung der Behörden genauer untersucht worden. Es wurden 81 Granaten zutage gefördert. Außerdem fand man einen Militärkarabiner und eine Pistole, was insofern überraschte, als man feststellte, daß die Pistole keine 14 Tage im Wasser gelegen haben kann. Die Sucharbeiten werden fortgesetzt, und man rechnet mit weiteren Funden, da die Mitte des Weihers beinahe einen Meter tief mit Schlamm bedeckt ist, und deshalb der Grund noch nicht erreicht werden konnte.

Ein Hakenkreuz-Totschläger verhaftet.

Stettin, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Der 17jährige Nationalsozialist Hoffmann, der am letzten Sonntag in Rön einen Jungkommunisten niederschloß und dann flüchtig wurde, ist am Freitag auf Veranlassung der Kölner Kriminalpolizei in Prower in Pommern verhaftet worden. Hoffmann hielt sich hier bei dem Bahnhofswirt auf. Vor seiner Flucht hatte er in Rön geäußert, daß er durch Vermittlung des Korps der Atamanen, das in Halle seinen Sitz hat, in Pommern untergebracht werde. Diese Äußerung wurde ihm zum Verhängnis.

beigelegt. Dabei ist es unerheblich, ob es sich um eine Nachtragsumlage für 1930 oder um neue Steuerbeschlüsse für 1931 handelt. In der Reichsordnung sind Ausnahmebestimmungen für einzelne Länder zugelassen. Um hier Sicherheit zu schaffen, hat sich der Reichsfinanzminister vorbehalten, die Länder bekanntzugeben, auf die die Ausnahmebestimmungen Anwendung finden.

Wettbewerb der Kneifer.

Straßer drückt sich vor Gericht wie Goebbels.

Herr Gregor Straßer hofft anscheinend auf baldige Errichtung des dritten Reiches. Er hofft, daß er die gegen ihn wegen zahlloser Beleidigungen vom Schöffengericht Dramenburg verhängten und von der Großen Strafkammer des Landgerichts III bestätigten 6 Monate Gefängnis nicht zu verbüßen brauchen wird. In seiner Hinsicht ist ihm seine Verschleppungsstrategie gelungen. Das Reichsgericht hatte seiner Revision wegen eines formalen Irrtums stattgegeben und die Sache an die zweite Instanz zurückverwiesen.

Herr Gregor Straßer war gestern selbstverständlich nicht erschienen. Auch sein Verteidiger fehlte. Zur Stelle waren dagegen der Rechtsanwalt Landsberg als Nebenkläger für den Ministerpräsidenten Braun und Rechtsanwalt Dr. Vinbar als Nebenkläger für den preussischen Wohlfahrtsminister Hirtfelder. Der Staatsanwalt beantragte, die Berufung des Angeklagten, wie auch die Berufung der Nebenkläger für gegenstandslos zu erklären, da Gregor Straßer nicht erschienen sei und die Sache nur soweit zu verhandeln, als eine Berufung der Staatsanwaltschaft vorliege. Gregor Straßer wolle die Sache nur verschleppen; es sei endlich an der Zeit, daß er für seine Beleidigungen büße. Das Urteil gegen ihn liege bereits mehr als ein Jahr zurück. Aus dem vorliegenden Urteil zweiter Instanz erstand vor den Zuhörern wieder einmal Herr Gregor Straßer in seiner ganzen Größe. Ein Mensch, der derartige unqualifizierende Beleidigungen gegen den Ministerpräsidenten Braun — man erinnert sich noch der Anspielungen auf Brauns Großmutter —, gegen Hirtfelder, den Polizeipräsidenten Weiß, den früheren Reichsminister Koch-Weser und auf zahlreiche jüdische Anwälte niederschreiben konnte, hat sich in den Augen jedes anständigen Menschen selbst gerichtet. Das Gericht ermäßigte die Strafe von 6 Monaten, 600 Mark, auf 3 Monate 2 Wochen Gefängnis und 600 Mark entsprechend der vom Reichsgericht geforderten Richtigerstellung, statt verschiedener Einzelhandlungen eine fortgesetzte Handlung anzunehmen.

Herrn Gregor Straßer wird seine Hoffnung auf das dritte Reich nichts nützen!

Internationale Anerkennung Kaufers

Ein Londoner Urteil.

London, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Die „Times“ widmet dem verstorbenen deutschen Botschafter in Warschau am Freitag einen längeren Artikel, der den Lebensgang des Verstorbenen ausführlich schildert und in hohen Worten die hervorragenden Eigenschaften Ulrich Kaufers rühmt. Wie Adolf Rötter, so sei auch Kaufers als Außenminister in den diplomatischen Dienst getreten. Was er an schwierigster Stelle in Warschau für Deutschland geleistet habe, sei dem Wert Rötters Seite an Seite zu stellen. Kaufers habe sich durch seine hohen menschlichen, geistigen und politischen Qualitäten Respekt und Bewunderung erworben. Durch die taktvolle Behandlung der schwierigen deutsch-polnischen Fragen sei von ihm manche heikle Situation geschickt gemischt worden.

Regierungskrise in Lettland. Die Rigaer Saeima nahm heute mit 46 gegen 40 Stimmen ein Misstrauensvotum gegen den Verkehrsminister Dpinski an. Man befürchtet den Zerfall der Koalition und eine Kabinettskrise.

Pfiffe im Flötenkonzert.

Standalzenen bei der Uraufführung des Fridericus-Films der Ufa.

Bei der Uraufführung des Tonfilms der Hugenbergischen Ufa „Das Flötenkonzert von Sanssouci“ kam es am Freitagabend zu solchen Standalzenen, daß die Vorstellung ungefähr in der Mitte unterbrochen werden mußte und der Rest erst nach längerer Pause bei halbem Licht weitergespielt werden konnte. Dieser Protest ist um so bemerkenswerter, als in der Uraufführung mindestens vier Fünftel der Zuschauerschaft aus besonders geladenem Publikum bestanden.

Das Wort zur Vangeweile, Ritzigkeit und Gedankenarmut dieses Machwerks überlassen wir unserer Filmkritik. Hier nur etwas über die Tendenz: sie ist ausgesprochen kriegerisch. Sie ist die Verherrlichung des Präventivkrieges, dessen Berechtigung zum Schein für den Siebenjährigen Krieg, in Wahrheit allgemein nachgewiesen werden soll. Der General, der Friedrich vom Angriff gegen die Uebermacht abräu, wird als Trottel dargestellt. Das Reichwehrministerium würde sagen: Er hat eine Verbrechensfrage. Dann wird der Höhepunkt der Tendenz erklimmt, indem Friedrich auf einen der Posten ungefähr folgendermaßen einredet: „Was, zu Hause ist es schöner!

Aber wenn es noch so schön zu Hause ist, wie müssen hinaus in den Krieg.

senst werden wir bald kein Zuhause mehr haben.“ Der Posten darf dazu nur strammstehen. Wenn Hugenbergs Ufa ihm gestatten würde, zu reden, so würde er vielleicht antworten, daß nicht durch den Frieden, sondern durch den Krieg die Häuser massenweise zerstört werden! Zum Schluß große Parade vor Fridericus Reg. Fahnenwald, Stabschritt, mit dem Lineal ausgerichtete Reihen — o welche Lust, Soldat zu sein!

Hier haben wir die Quintessenz des Ganzen:

Die Wirklichkeit des Krieges im Remarque-Film hat man verboten, die verlogene Fassade der Potsdamer Wachparade triumphiert!

Halt, nein, triumphiert nicht. Als beim Erscheinen des Fridericus die Beifallsstöße der Geladenen einsetzte, entstand lebhafter Protest bei einem Teil des Publikums. Schon bemächtigt sich der Erschienenen zunehmende Unruhe, da betritt die Polizei den Saal! Noch niemals ist unsere preussische republikanische Polizei von den Monarchisten so lebhaft applaudiert worden! Sie wurde von ihnen als Erlösung empfunden! Die Mißfallensäußerungen hatten sich übrigens im Rahmen des Theaterüblichen gehalten, sie waren lediglich die Antwort auf die Beifallsdemonstrationen einer halbkreuzgeschmückten Clique. Nach Entscheidung des Reichsgerichts hat der Theaterbesucher, dessen Beifall gern entgegengenommen wird, auch das Recht zu Mißfallensäußerungen, wenn sich diese in den Grenzen des Anstands halten. Das geschah hier durchaus, im Gegensatz zu den Holentkreuzerdemonstrationen am Rollenplatz. Wändschleichen, Mäwe usw. wurden nicht bemerkt! Das Publikum protestierte laßlich, weil ihm der Film mit Recht mißfiel! War doch schon die postierte, stehende Art, in der Fridericus Reg. den Otto Gebühr spielte, einfach zum Spotten! Es protestierte, weil es innerlich unwillkürlich die monarchistisch zurückgegangene, historisch verlässliche Geschichte des Siebenjährigen Krieges mit der schlichten Wahrhaftigkeit des Remarque-Films verglich. Social Wahrheit hier, social Lüge und Fälschung dort.

Nachdem die Polizei eine Anzahl Personen, die keinen Widerstand leisteten, aus dem Saale entfernt hatte, konnte bei halbem Licht die nun in doppeltem Sinne matte Aufführung fortgesetzt werden. Trotzdem gab es noch mehrere Störungen, und am Schluß mischten sich Pfiffe in den bestellten Beifall. Ein großer Teil des geladenen Publikums blieb passiv. Es waren nur Gruppen mit halbkreuzeretzzeichen, die frenetischen Beifall zu markieren suchten.

Die meisten werden sich gedacht haben: Verlogener Kitsch — nicht einmal Chalkisch. Hundert Meter Film von der Wirklichkeit des Krieges hätten den ganzen Schwandel im Nichts zurückgeworfen.

Nach dem Postenbericht wurden während der Vorführung im Saale des Ufa-Theaters insgesamt acht Personen zwangsgestellt, auf der Straße vier.

Studenten pfeifen in einem Ufa-Theater.

Dresden, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Am Freitagnachmittag kam es in den Dreedener Ufa-Theater bei der Uraufführung des Studentenfilms „Ein Burschenlied aus Heidelberg“ zu einer Störung der Vorstellung. Mehrere hundert Studenten gaben durch Scharen, Pfeifen und Rufen ihrem Unmut über den Inhalt des Filmes, der die übliche lächerliche Darstellung des Studentenlebens mit Liebe und Biertrinken gibt, Ausdruck. Die Direktion mußte die Vorstellung unterbrechen und rief die Polizei herbei. Ein Ueberfallkommando räumte den Saal und ging sowohl im Saal als auch außerhalb des Theaters mit dem Gummistock vor. Zahlreiche Studenten wurden festgenommen. Später wurde der Film zu Ende gespielt. Es ist pikant, daß das betreffende Kino der Hugenberg-Ufa gehört.

Der Vulkanausbruch auf Java.

Ein zweiter Ausbruch des Merapi. — 90 Tote.

Amsterdam, 19. Dezember.

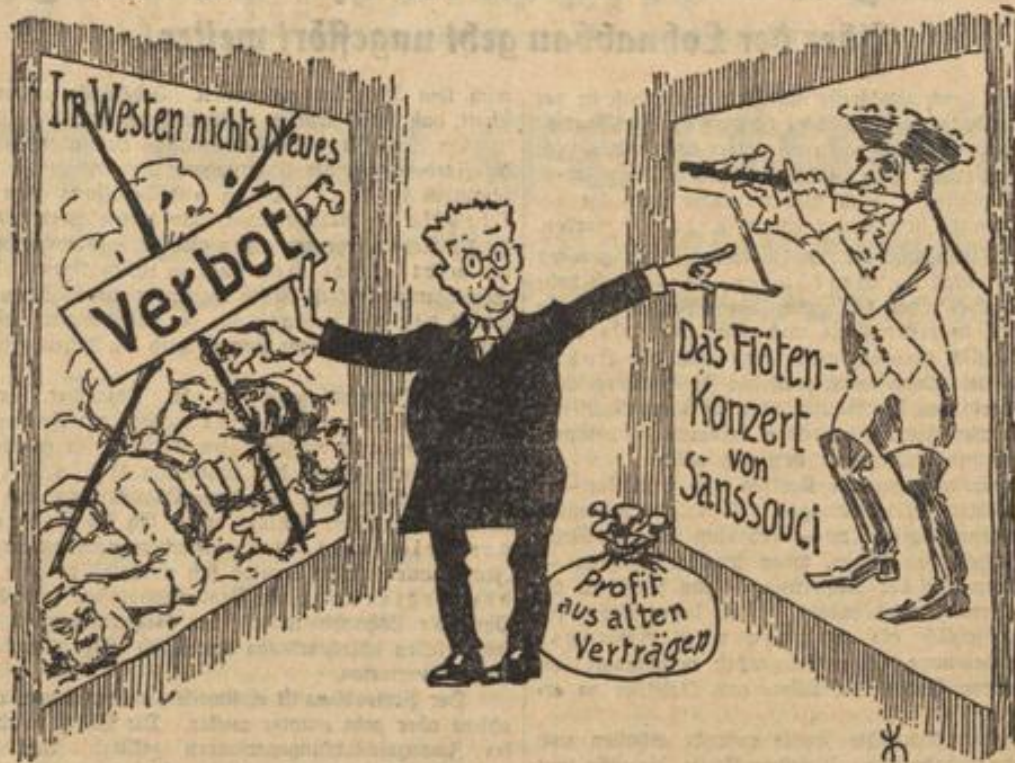
Den aus Niederländisch-Indien vorliegenden telegraphischen Meldungen über den folgenschweren Ausbruch des Vulkans Merapi auf Java zufolge, hat das unterirdische Gestein, das der Vulkan verursacht, in den Stunden nach dem ersten Ausbruch noch stark zugenommen, dagegen hat der Ascheregen inzwischen aufgehört. Durch einen zweiten großen Ausbruch wurden noch stärkere Verheerungen als durch den ersten Ausbruch angerichtet. Es wird befürchtet, daß die Zahl der Toten etwa 90 beträgt.

Der Lavastrom, der sich aus dem Vulkan ergoß, scheint aus Millionen Tonnen glühend heißen Sandes zu bestehen, der wie graues Pulver aussieht und flüßig wie Wasser ist.

Der 2910 Meter hohe Merapi liegt an der Grenze von Sutartara, Jogjakarta und Kedu. Er ist durch einen Gebirgszettel mit dem benachbarten Vulkan Merbabu verbunden.

Der Schinder von Brest-Litowsk in Bad Nauheim? Wie der „Wierczonk Warzawski“ wissen will, soll sich der Kommandant der Festung Brest-Litowsk, Oberst Biernacki, der Hauptverantwortliche für die Mißhandlung der gefangenen Abgeordneten in Brest-Litowsk, in Bad Nauheim zur Kur befinden.

Hugenbergs Flötenkonzert.



„Mein Fridericus wird diesem pazifistisch verfeuchten Volk jetzt die nationalen Flötenklänge beibringen.“

Landtag auf Januar vertagt.

Ende der Etatdebatte / Höpfer-Wschoff über das nationalsozialistische Programm.

Im Preussischen Landtag wurde gestern die Debatte über den Etat für 1931 fortgesetzt.

Finanzminister Dr. Höpfer-Wschoff:

Die von den Sozialdemokraten beantragte Stöpfung der Abzüge der Beamtengehälter wäre eine Gehaltskürzung, nicht was jetzt beabsichtigt ist: eine Angleichung an die Preissenkung. Die im Etat eingeplanten Ausgaben für Neubauten sind regelmäßige, nicht außerordentliche Staatsausgaben; sie können nicht durch Anleihen gedeckt werden. Anleihen sind nach der Verfassung nur für vorübergehende Anlegen erlaubt. Der Zuschuß an die Rennvereine kann nicht eingestrichelt werden, weil dann die Erträge der Rennwettsteuer zurückgingen. Wir haben jetzt an den Rennen über 16 Millionen Mark Ueberfluß für die Steuerkasse.

Für Rationalisierung der ländlichen Genossenschaften — besser Sanierung! — hat das Reich 25 Millionen ausgewendet. Aber der gesamte Aufwand beträgt die erhebende Summe von 90 Millionen, von denen die Preußenkasse etwa die Hälfte leisten muß. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Auf die Anfrage der Deutschen Volkspartei über Zeitungskäufe der preussischen Regierung habe ich zu erwidern, daß es sich um nationalsozialistische Aktionen im gefährdeten Grenzgebiet handelt. Das Vorgehen ist unter dem volksparteilichen Finanzminister Dr. Richter erfolgt. Die Anfrage der Volkspartei gebietet leichtfertige nationale Interessen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die nationalsozialistischen Ausführungen über die Verstaatlichung der Banken sind ein kapitaler Unfug. Da das Eigenkapital der Banken und die Einlagen der Sparern gehören, würde bei politischer Leitung der Banken sofort der Kapitalzufluß an den Staat aufhören. Eine geordnete Staatsverwaltung kann niemals in Abhängigkeit von den Banken kommen. Auch uns befriedigt die durch Verträge mit auswärtigen Mächten uns aufgenutzte gegenwärtige Verfassung der Reichsbank nicht. Aber es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die Nationalsozialisten mit dem Schlagwort der Verstaatlichung der Reichsbank arbeiten. Welche verhängnisvollen Folgen die Verbindung von Reichsbank mit Reichsbankleitung haben kann, hat die Inflation bemessen.

Auch die im nationalsozialistischen Programm geforderte Ausgabe von Staatsguldenscheinen für vorübergehende Zwecke ist Unsinn. Solche Staatsguldenscheine von Bau- und Wirtschaftsbanken als Geldzeichen in Umlauf zu setzen, würde die Wiedeholung der Inflation bedeuten. (Sehr wahr! links.) In Thüringen haben die Nationalsozialisten maßgebenden Einfluß und trotzdem haben sie sich ihre Anleihen von der Mitteldeutschen Privatbank in Magdeburg geholt. (Hört, hört! links.)

Draußen reden die Herren lang und breit über Brechung der Zinsinnehaltigkeit, aber sie verlangen täglich, wenn sie Verantwortung übernehmen sollen. Das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm trankt an inneren Widersprüchen. Es bleibt

dabei, daß die geringen Anläufe zur Besserung durch die Reichstagswahl zerfallen wurden. In dieser Vertrauenskrise trägt die tügellose Demagogie der Nationalsozialisten die Hauptschuld. (Sehr richtig! links.) Gegen diese Feststellung kann niemand etwas sagen.

Ich habe nicht, wie die Deutschnationalen behaupten, die Entwertung der letzten Monate einseitig auf den Wahlausfall zurückgeführt. Ich bin selbstverständlich auch der Meinung, daß die jetzige Reparationsregelung nicht tragbar ist.

Aber wir haben die Reparationspolitik nicht um ihrer selbst willen getrieben, sondern um die Verpflichtungen von 350 auf 36 Milliarden herabzubringen.

Aber auch darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Lange kann nicht mehr erwartet werden, um die Welt von der Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes zu überzeugen. Voraussetzung dazu ist völlige Ordnung der Reichsfinanzen. (Lebhafter Beifall links und in der Mitte.)

Abg. Henzen-Godesberg (N.) betont, daß Preußen durch Stetigkeit und ruhige Entwicklung und dank seiner geordneten Finanzverhältnisse berufen ist, an der Sanierung des Reichs entscheidend mitzuarbeiten. Bei der künftigen Verwaltungsreform müßten Großstädte abgelehnt und leistungsfähige Kommunalgebilde geschaffen werden.

Abg. Selbmann (Komm.) weist auf die chauvinistische Stimmung in Oberschlesien hin.

Abg. Dr. Neumann (D.D.P.) fordert angeführt der Verarmungsverbote in Magdeburg objektive und nicht parteipolitische Handhabung des Verarmungsrechts. Der zu hohe Verwaltungsaufwand mache eine Verwaltungsreform geradezu zwangsläufig. Preußen habe die Steuerentlastungspläne des Reichs durchkreuzt. Die Staatsaufsicht bei Gemeinden habe verlangt, weil der Minister vom sozialistischen Standpunkt aus gegen die Uebernahme möglichst vieler Ausgaben durch die Städte nichts einzuwenden hat.

Abg. Dr. Graf von Poladonitz (Volkrechtsp.) begründet einen Antrag, der die Ursachen der Inflation durch eine Untersuchung feststellen will. Eine solche Untersuchung sei durch die Reichsregierung abgelehnt, womit diese sich vor Verbrecher gestellt habe, die die Inflation künstlich herbeigeführt hätten.

Abg. Riedel (Staatsp.) wünscht baldigen Abschluß der Verhandlungen mit der evangelischen Kirche. Von Polen seien Maßnahmen zur Sicherung von Leben, Eigentum und Meinungsfreiheit der deutschen Minderheit und Schadenerloß zu fordern. Das Verbot des Remarque-Films unter dem Druck von Straßentransporten untergrabe das deutsche Ansehen im Ausland. Die Kürzungen der Beamtengehälter sind ein Opfer, aber Arbeitslosigkeit und Feiertage der Arbeiter seien ein noch größeres Opfer. In der Verwaltung sollten die Beamten nach ihrer Tüchtigkeit befördert werden. Aber höhere Beamte hätten ausschließlich den Staat und nicht ihre Partei repräsentativ zu vertreten. Die rechte Seite betreibe rückwärtige Bepöbelung von republikanischen Beamten.

Nach einer Rede des Abg. Ladendorff (Wirtschaftsp.) schließt die Aussprache. Der Etat wird dem Hauptausfluß überwiesen. Hierauf vertagt sich das Haus auf den 27. Januar 1931.

Grzesinski belehrt Deutschnationale.

Eine deutschnationale Anfrage und eine Antwort.

Im Preussischen Landtag ist die folgende deutschnationale Große Anfrage eingereicht worden:

„Am 13. Dezember hat in einer Versammlung vor sozialdemokratischen Parteimitgliedern und Reichsbannerangehörigen der Polizeipräsident von Berlin, Herr Grzesinski, laut Bericht eines Ohrenzeugen, veröffentlicht in der „Berliner Börsenzeitung“ (Nr. 590), gesagt, daß er das Wuchsinstrument der Schupo im Besitz der Partei halten wolle, da gerade dieser Besitz eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Errichtung des sozialistischen Staates ist. Für die Sozialdemokratie gilt es, die Macht der Bajonette zu behalten im Bewußtsein dessen, was sie für die Arbeiterschaft und Sozialdemokratie bedeutet.“

Diese Ausführungen können nicht anders als eine offenkundige Ankündigung beabsichtigten Hochverrats angesehen werden. Wir fragen: Was beabsichtigt das Staatsministerium gegen Herrn Grzesinski zu veranlassen?

Diese Anfrage ist nichts anderes als eine offenkundige Ankündigung, daß die deutschnationale Landtagsfraktion darauf verzichtet, ernst genommen zu werden. Im übrigen hat Genosse Grzesinski der „Börsen-Zeitung“ den folgenden Brief geschickt:

„An Nr. 590 Ihrer Zeitung vom 18. d. M. beschäftigen Sie sich unter der Ueberschrift „Der Polizeipräsident von

Berlin verlangt Sozialisierung der Schupo“ mit Ausführungen, welche ich am Sonnabend, dem 13. Dezember d. J., auf einem „Sozialistischen Abend“ in Tempelhof gemacht haben soll. Ich darf Sie ergebnis bitten, mir dazu folgende Bemerkungen zu gestatten:

Sozialisierung ist ein volkswirtschaftliches Problem — Ueberführung der im Privatbesitz befindlichen Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft — und eine, seit 70 Jahren in Deutschland und anderen Ländern aufgestellte sozialdemokratische Forderung. Ich kann infolgedessen nicht von der „Sozialisierung der Schupo“ gesprochen haben; das wäre Unsinn gewesen. Infolgedessen habe ich auch nicht gesagt, wie Sie berichten: „Wir werden alles daran setzen, dieses Wuchsinstrument (gemeint ist die Schupo. G.) auch weiter in unserem Besitz zu halten, da gerade dieser Besitz eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Errichtung des sozialistischen Staates ist.“ Für die Sozialdemokratie gilt es, die Macht der Bajonette zu behalten im Bewußtsein dessen, was sie für die Arbeiterschaft und Sozialdemokratie bedeuten.“ Wohl aber habe ich bei Behandlung des mir gestellten Themas „Der Kampf um die politische Macht“ und im Hinblick auf die derzeitigen Erörterungen innerhalb meiner Partei betont, daß wir jeden Besitz an politischer Macht mit Zähnen und Nägeln festhalten müssen, d. h. nicht leichtfertig durch ein Uebertragen aufs Spiel setzen dürfen. Daß die Eroberung der politischen Macht das Ziel der Sozialdemokratischen Partei wie das jeder anderen politischen Partei ist, sollte nicht neu sein.

Aber sie wollen ja gar nicht begreifen, sie wollen nur verdächtigen!

Der Preisabbau ist vertagt.

Aber der Lohnabbau geht ungeffort weiter.

Die Regierung hat durch die Presse mitteilen lassen, daß sie zur Förderung des Preisabbaus die Preisbindungen für Warenartikel aufheben werde. Wenn wir recht unterrichtet sind, gingen die Pläne der Reichsregierung, zum mindesten aber die Verprechungen des Reichsarbeitsministers, noch weiter. Aber auch die beschiedeneren Antindigungen sind wieder einmal vertagt worden.

Man will das Weihnachtsgeschäft nicht stören. Nun gehören zum Weihnachtsgeschäft nicht nur Verkäufer, die möglichst hohe Preise nehmen wollen — oder bei gebundenen Preisen nehmen müssen. Dazu gehören in erster Linie auch Käufer. Es wäre also zum mindesten logisch gewesen, wenn man auch den Lohnabbau vertagt hätte. Denn wenn man das Weihnachtsgeschäft fördern will, dann darf man die Käufer nicht in ihrer Kaufkraft beschränken. Die Reichsregierung hat aber keineswegs bekanntgegeben, daß sie auch den Lohnabbau vertagen will.

Auf der anderen Seite halten die Kartelle und Syndikate der Unternehmer fest an ihren Preisbindungen. Es würde wesentlich zur Belebung des Weihnachtsgeschäftes — und nicht nur des Weihnachtsgeschäftes — beigetragen haben, wenn die Unternehmer — getreu der Preisabbauparole der Regierung — von selbst an die Senkung der Preise herangetreten wären. Statt dessen haben sie, obwohl sie sich grundsätzlich als Gegner von Zwangsentscheidungen bekennen, keine Gelegenheit verabsäumt, um durch Schiedspruch einen Abbau der Löhne und Gehälter zu erzwingen.

Zwangswise werden überhöhte Preise aufrecht erhalten und zwangswise die Löhne herabgesetzt. Dieselben Kreise, die nicht laut genug gegen die angebliche Zwangswirtschaft schreien können, sie sind es, die in Wirklichkeit sowohl bei der Preis- wie bei der Lohnfestlegung Zwangswirtschaft betreiben.

Das Bild ist überall dasselbe. Aufrechterhaltung der Kartellpreise und Kartellbindungen und zwangswise Herabsetzung der Löhne. Man darf sich daher auch nicht wundern, wenn von Woche zu Woche die Wirtschaftslage sich verschlechtert und zu einer beispiellosen Katastrophe auszuwachsen droht.

Die Kartellwucherer voran.

Zementindustrielle wollen Lohnabbau.

Auch die Zementindustrie hat sich der Lohnabbau-offensive des Unternehmertums angeschlossen. Für die Zementwerke in Schleswig-Holstein wurde bereits anfangs November ein Schiedspruch gefällt, der die tariflichen Stundenlöhne um 6 Proz. kürzen wollte. Die Arbeiter haben den Spruch einstimmig abgelehnt. Die Unternehmer beantragten natürlich Verbindlichkeitsklärung. Es lebe der „Zwangstarif“!

In den Verhandlungen wiesen die Gewerkschaftsvertreter mit aller Schärfe darauf hin, daß ein Lohnabbau in der Wirtschaftslage der Zementindustrie unmöglich begründet werden könne; eine Verbindlichkeitsklärung dürfe also nicht erfolgen. Bis jetzt ist die Entscheidung des Schlichters noch nicht getroffen. Anscheinend sind

auch ihm Bedenken gekommen. Jedenfalls erwartet die Arbeiterschaft, daß dieser Spruch nicht Vertrag wird!

In Westfalen haben anfangs Dezember Verhandlungen über die Forderungen der Unternehmer auf Abbau der Löhne um durchschnittlich 10 bis 13 Proz. und Schaffung einer niedrigeren Dristklasse stattgefunden. In diesen Verhandlungen vermieden es die Arbeitgebervertreter vorsichtig, ihre Lohnabbauforderung mit der wirtschaftlichen Lage zu rechtfertigen. Trotzdem fällt der Schlichtungsausschuß Mitte Dezember einen Spruch, der die Löhne um 4 bis 5 Pfennig für die volljährigen Beschäftigten gekürzt haben will. Zu diesem Spruch wird die Arbeiterschaft noch Stellung nehmen.

Die Verhandlungen am 15. Dezember für das mitteldeutsche Zementgebiet wurden am Freitag fortgesetzt. Bis jetzt war es nicht möglich, eine Einigung zu erzielen, da die Unternehmer einen Abbau der Löhne um 11 bis 17½ Proz. fordern.

Man sieht, auch die Zementindustriellen sind nicht gerade beschieden. In ihrer Haltung wirkt sich die Lohnabbauparole der Reichsregierung besonders verhängnisvoll aus; denn die Zementunternehmer berufen sich ausdrücklich auf den Wunsch der Regierung, die Produktionskosten und Preise abzubauen. Ohne die Lohnabbauparole der Regierung wäre es den Zementindustriellen schlechterdings unmöglich, Lohnabbauforderungen ernsthaft zu vertreten.

Der Preisabbau ist einstweilen wieder einmal vertagt, der Lohnabbau aber geht munter weiter. Die Löhne werden Tag für Tag im Zwangschlichtungsverfahren gekürzt. Von einem Zwang gegen Monopole und Kartellpreise hört man nichts.

Unternehmer nutzen Schlichtungskonjunktur.

Metallindustrielle beharren auf 15 Prozent.

Magdeburg, 19. Dezember.

Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der mitteldeutschen Metallindustrie, die heute in Magdeburg abgehalten wurden, sind als ergebnislos abgebrochen worden. Die Arbeitgeber beharren auf ihrer Forderung einer 15prozentigen Lohnkürzung. Die Arbeiter verlangen dagegen Verlängerung des gegenwärtigen Vertrages bis zum Februar, da die Preisfestlegung bis jetzt nicht fühlbar in Erscheinung getreten ist. Am 28. Dezember wird der Schlichtungsausschuß in Halle zu der Angelegenheit Stellung nehmen.

Im Zeichen des Lohnabbaus.

Singer will 1000 Arbeiter entlassen.

Wittenberge, 19. Dezember.

Die Singer-Nähmaschinenfabrik, die in der letzten Zeit schon einen Teil der Belegschaft entlassen und die Kurzarbeit eingeführt hatte, beabsichtigt sicherem Vernehmen nach am 3. Januar 1000 Arbeiter zu entlassen. Geplant ist die Stilllegung der Holzbearbeitungs-, Versand- und Viehereiabteilung.

Beschäftigt Berufsmusiker!

Dem Deutschen Musiker-Verband wird uns geschrieben:

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wirkt sich besonders stark im Musikerberuf aus. Tausende von Orchestermusikern sind infolge Auflösung oder Verkürzung der Kulturorchester abgebaut worden. Aus den Kinos sind nach Einführung des Tonfilms nahezu sämtliche Musiker — deren Zahl mehr als 12 000 betrug! — zur Entlassung gekommen. Rundfunk und Schallplattenmusik mit Lautverstärker erzeugen die bisher von lebendigen Musikern ausgeführte Musik in Kaffeehäusern, Bier- und Tanzlokalen, soweit in diesen Betrieben nicht ausländische Musiker und Kapellen tätig sind. Bei Vereins- und Privatfestlichkeiten, soweit solche überhaupt noch stattfinden, werden nur ganz kleine Musikensembles oder wird gar nur ein Pianist beschäftigt, so daß die Zahl der erwerbslosen Musiker ins Ungemessene gestiegen ist. Von den Mitgliedern des Deutschen Musiker-Verbandes sind annähernd 70 Prozent ohne feste Beschäftigung!

Angeichts dieser furchtbaren Tatsachen muß an alle Kreise der erwerbstätigen Bevölkerung die dringende Bitte gerichtet werden, bei etwaigen festlichen Veranstaltungen in erster Linie im Deutschen Musiker-Verband, der freigewerkschaftlichen Berufsorganisation der Musiker, organisierte Berufsmusiker zu berücksichtigen. Soweit am Ort selbst oder in dessen nächster Nähe nicht eine Ortsverwaltung des Verbandes besteht, wende man sich an den Hauptvorstand des Deutschen Musiker-Verbandes, Berlin SW, Bernburger Str. 19, Fernsprecher: Amt Lühow 6247; Telegrammadresse: „Musikstelle Berlin“.

Das bevorstehende Weihnachtsfest und die kommende Zeit der Wintervergügungen, aber auch Veranstaltungen der Chorvereine usw. bieten die Möglichkeit, den arbeitslosen Berufsmusikern einen kleinen Verdienst zukommen zu lassen. Besonders an die zur Arbeiterbewegung zählenden oder ihr nahestehenden Organisationen, Vereinigungen usw. wird der dringende Ruf gerichtet: Beschäftigt keine musizierende Beamten, keine Dilettanten und andere die Musik im Nebenberuf betreibende Personen, berücksichtigt bei allen musikalischen Veranstaltungen die gewerkschaftlich organisierten arbeitslosen Berufsmusiker!

„Belogen und betrogen.“

Was die KPD. und ihre RSD. nicht tun.

Nach dem kommunistischen Morgenblatt erzählt nun auch das kommunistische Abendblatt denselben Schwindel von der sogenannten Arbeitsgemeinschaft. Unter dem Titel „Belogen und betrogen“ schreibt die „Welt am Abend“ u. a.:

„Ganz in diesem Sinne liegend, finden seit längerer Zeit auch wieder Versammlungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften statt mit dem Ziele, die berüchtigte Arbeitsgemeinschaft, die den Arbeitern unendlichen Schaden gebracht hat, erneut auferstehen zu lassen.“

Zwischen Morgen und Abend stimmt in der kommunistischen Presse manches nicht. Die „Rote Fahne“ hat sich einen „Geheimpakt“ in vier Punkten aus den Fingern gelogen. Dieser famose Geheimpakt wäre bereits abgeschlossen. Die „Welt am Abend“ dagegen erzählt, daß die Verhandlungen noch nicht beendet seien und zum Ziel die Arbeitsgemeinschaft hätten. Es ist natürlich schwer

zu sagen, wer da am meisten gelogen hat. Sicher ist nur, daß beide gelogen haben.

Aber das kommunistische Abendblatt schreibt dann noch: „Die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie tut nicht das geringste, um den Lohnabbau abzuwehren. Sie ist bemüht, jede Gegenwehr der Arbeiter im Keime zu ersticken oder einen Streit nach dem Muster des Berliner Metallarbeiterkampfes abzuwürgen.“

Das alles sind alle Kamellen. Daß die Gewerkschaften die Arbeiter „verraten“, haben wir schon einige hunderttausendmal gehört. Unwillkürlich drängt sich aber dem unbefangenen Leser folgende Frage auf: „Wenn die RSD. führt, wie die kommunistische Presse immer behauptet, was tut denn sie, um den Lohnabbau abzuwehren?“

Darauf wird der kommunistische Leser sicherlich keine Antwort bekommen. Die RSD., als Ableger der KPD., tut nichts anderes als was diese bisher immer getan hat: sie belügt und betrügt die Arbeiterschaft.

Leg Mansfeld.

Neue Subventionen oder Stilllegung.

Halle, 19. Dezember.

Die Verhandlungen über den Stilllegungsantrag der Mansfeld-L.G. fanden am 11. Dezember unter Vorsitz des Regierungspräsidenten von Harnack in Eisleben statt.

Da die Frage der Unterstützung der staatlichen Subventionen bisher nicht entschieden, der Weiterbetrieb des Bergbaus und der Hütten also gesichert ist, mußte gemäß den gesetzlichen Bestimmungen dem Antrage auf Stilllegung zum 3. Januar 1931 stattgegeben werden, um Klarheit über die Subventionsfrage zu erhalten, die allerdings endgültig erst nach Wiederauflösung des Reichstags im Februar 1931 entschieden werden kann, da für weitere Subventionierungen ein besonderes Gesetz — eine Lex Mansfeld — geschaffen werden muß.

In der Verhandlung kam der feste Wille der Direktion zum Ausdruck, alle Schritte zu unternehmen, um ein gänzliches Erliegen der Betriebe zu verhindern. Der Demobilisierungskommissar versprach jede mögliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles.

Reichskonferenz der Zimmerer.

Eine Konferenz der Zentralinstanzen und Gauleiter des Zimmererverbandes, die dieser Tage in Hannover stattfand, beschäftigte sich eingehend mit den Auswirkungen der Wirtschaftslage auf dem Baumarkt. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres waren im Durchschnitt 50,2 Proz. aller Verbandsmitglieder arbeitslos gegenüber 31,7 Proz. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Trotz der scharfen Erwerbslosigkeit hat jedoch die Mitgliederzahl am Schluß des dritten Quartals rund 105 200 gegenüber 106 300 im zweiten Quartal dieses Jahres betragen. In der Behringshaltung ist ein erheblicher Rückgang festzustellen. Das ohnehin schon gute Organisationsverhältnis der Belegschaft im Zimmerergewerbe hat sich jedoch noch weiter gebessert. Die Verbandseinnahmen sind naturgemäß unter dem Druck der Arbeitslosigkeit zurückgegangen. 1928 hat der Verband an Erwerbslosenunterstützung 1 810 000 M., 1929 schon 2 150 000 M. und in diesem Jahre bereits über 2 Millionen Mark ausgegeben. Das Verbandsvermögen wird am Jahresschluß ungefähr

6¼ Millionen Mark betragen. Die Kassenlage des Verbandes ist also günstig.

Der Verbandsvorsitzende, Genosse Wolgast, beleuchtete auch die Hegelaktion der Kommunisten gegen die Gewerkschaften. Die kommunistische Sonderorganisation, die sich in Berlin, Königsberg und Düsseldorf gebildet habe, sei zu einer gewerkschaftlichen Kraftentfaltung nicht fähig. Mit Riesenschritten gehe es dort auch abwärts.

In der Aussprache wurde für das Baugewerbe im Hinblick auf die Betriebsratsfrage eine Neuregelung der Arbeitszeit gefordert.

Gegen die unsoziale Behandlung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung und gegen die weiteren Verkürzungen der dem Baugewerbe zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel erhob die Konferenz in Form einer Entschiedenheit Protest. Für die langfristigen arbeitslosen ausgefertigten Verbandsmitglieder wurde die Bewährung einer Weihnachtsunterstützung beschlossen.

Die Lohn- und tarifpolitischen Fragen wurden von Meißner erörtert. Er schilderte vor allem den Widerstand, den die Unternehmer in den verschiedenen Vertragsgebieten der Durchführung der tarifvertraglichen Vereinbarungen entgegensetzten. Meißner forderte von den Verbandsfunktionären, daß sie gerade jetzt der Durchführung des Tarifvertrages größte Beachtung schenken.

Kommunistischer Schwindel.

„Gewerkschaftsbürokraten rühren keinen Finger...“

Die „Rote Fahne“ lügt, daß die Balken sich biegen: „1,3 Millionen Gewerkschafter brotlos. Das ist das Ergebnis der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaftsführer. — Nur KPD. und RSD. kämpfen für Arbeit und Brot.“

Das Blatt gibt einige Ziffern der Statistik des ADGB. wieder und knüpft daran folgende unwahre Behauptung:

„Trotz dieser ungeheuren Erwerbslosigkeit rühren die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokraten keinen Finger, um die ungeheure Not der Erwerbslosen zu lindern.“

Die Beschwerden und Forderungen der Gewerkschaften zur Binderung der Arbeitslosigkeit sind bekannt, ebenso die besonderen Aufwendungen der Gewerkschaften zur Weihnachtsunterstützung der ausgefertigten Mitglieder, abgesehen von den bedeutenden Ausgaben zur Unterstützung der bezugsberechtigten erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder.

Was leistet die KPD. samt ihrer RSD.? Sie stellt Agitationsanträge in den Parlamenten, die sie nichts kosten und zu deren Annahme nichts weiter fehlt als die nötigen Gelder. Aber die KPD. „setzt sich ein“.

Sie setzt sich folgendermaßen ein. Wenn die Gewerkschaften Sammelanträge ausgeben zur Unterstützung der arbeitslosen Mitglieder, dann verweigern die Mitglieder der KPD. stolz, ihre „revolutionären“ Groschen dafür zu opfern. Die Sammelanträge des Buchdruckerverbandes für die arbeitslosen Buchdrucker kam aus der Friedrichstadt-Druckerei, in der die kommunistische Presse hergestellt wird, vollständig leer zurück. So steuert die KPD. der Not der Erwerbslosen!

12 Proz. Lohnkürzung geplant.

Ergebnislose Verhandlungen im sächsischen Bergbau.

Die Lohnverhandlungen zwischen den Vertretern der Bergarbeiterverbände und des Bergbauvereins Zwickau am Rittwisch sind ergebnislos verlaufen. Die Unternehmer, die das Lohnabkommen zum 31. Dezember gekündigt haben, verlangen wie im Ruhrgebiet eine Kürzung der Löhne um 12 Proz. Die Arbeiter bestehen dagegen auf Fortführung des bisherigen Lohnabkommens. Der Bergbauverein hat nun den Landesgeschäftler angerufen.

Betriebsstilllegung bei der KPD.

Nach „berühmten“ Mustern.

Halle a. d. S., 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Geschäftsleitung der kommunistischen Partei-Druckerei in Halle hat beim Regierungspräsidenten den Antrag auf Stilllegung ihres gesamten technischen Betriebes in Halle gestellt. In der am Freitag vor dem Gewerberat in Halle geführten Verhandlung wurde die Maßnahme damit begründet, daß man die Absicht habe, die kommunistische Tageszeitung „Klassenkampf“ anderwärts zu drucken und den Betrieb vollständig stillzulegen.

Es geht also auch anders.

In Solingen hat die Stadtverwaltung mit den Gewerkschaften, nachdem sich die Betriebsräte gegen eine Entlassung von Arbeitern ausgesprochen hatten, vereinbart, daß ab 5. Januar die wöchentliche Arbeitszeit um vier Stunden ohne Lohnausgleich gekürzt wird. Die Verwaltung erklärte sich bereit, keine weitere Lohnkürzung eintreten zu lassen. Die Vereinbarung gilt vorläufig für ein halbes Jahr.

Krise im Ford-Auto.

Inventory ohne Tempo.

Detroit, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Sämtliche Ford-Betriebe wurden auf unbestimmte Zeit stillgelegt. Die Hauptbetriebsleitung erklärt, daß die Stilllegung durch die übliche jährliche Inventuraufnahme hervorgerufen wurde. Die Arbeitsaussetzung wird auf mindestens drei Wochen geschätzt. Die Ford-Betriebe haben während der letzten drei Monate nur drei Tage in der Woche gearbeitet.

Das Personal der Schweizerischen Spitzwagen-Gesellschaft ist in den Streik getreten. Die Arbeitsniederlegung ist eine vollständige. Das Personal ist zu 90 Proz. dem freigewerkschaftlichen Schweizerischen Eisenbahnerverband angeschlossen. Die Streikenden kämpfen um die von der Direktion verweigerte Anerkennung ihrer Organisation. Die Transportarbeiterinternationale erludt alle kontinentalen Eisenbahnerorganisationen, Streikbrecher von den Schweizer Bahnen fernzubehalten.

Freie Gewerkschafts-Zuwend Berlin

Deute, um 19 Uhr, in den Räumen der Gewerkschaftsschule, Gewerkschaftshaus, Angeltor 24-25, 2. Hof, Kellerentree. — Morgen, Sonntag, Winterkassenverbleib am Kessel bei Bernau. Treffen um 15 Uhr im Geroldshaus am Obersee.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelshofer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Revolution: Dr. John Schimanski; Totales: Conzlags: Reiz Karst; Anzeigen: H. Glöck; Schriftlich in Berlin: Verlag: Formars-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formars-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 66, Lindenstraße 2, Dietz & Bellagen.

Berlin wird neu gestaltet!

Ab Sonntag neue Schnellbahn im Osten — In 16 Minuten Alex-Friedrichsfelde Der modernste U-Bahnhof der Welt — Erfolg sozialdemokratischer Arbeit

Am Sonntag früh wird die neue Untergrundbahnlinie Alexanderplatz—Friedrichsfelde und die Verlängerung der Nord-Süd-Bahn vom Bahnhof Bergstraße über den Ringbahnhof Neutölln bis zur Grenzallee dem Verkehr übergeben. Damit ist der Ausbau des Berliner Schnellbahnnetzes zu einem vorläufigen Abschluß gekommen. In der Entwicklung des Berliner Weltstadtverkehrs und in der Erschließung der in der Vorkriegszeit so stark vernachlässigten dichtbevölkerten Arbeiterbezirke für die Schnellbahn ist ein großer Schritt vorwärts getan! Eine spätere Zeit wird über diese Leistungen des neuen Berlin, die ohne die zielbewußte, auf lange Sicht eingestellte Arbeit sozialdemokratischer Gemeindeglieder nicht vollbracht worden wären, objektiver urteilen als es heute geschieht. Nach der Inbetriebnahme der neuen Linien weist das Berliner U-Bahnstreckennetz eine Länge von 80,15 Kilometern auf. Mit dem neugestalteten Bahnhof Alexanderplatz — ein unterirdisches technisches Wunderwerk von höchster Schönheit — besitzt die Reichshauptstadt den modernsten und größten Untergrundbahnhof der Welt.

Die Berliner Verkehrs-Gesellschaft hat für die einzelnen Strecken kurze Bezeichnungen festgelegt, um so eine schnellere Orientierung zu ermöglichen. Es ist bezeichnet als Linie A die Linie von Panlow nach dem Wittenbergplatz mit den Abzweigungen nach Ruhleben und Krumme Lanke, als Linie B die Linie von der Warschauer Brücke nach der Uhlandstraße mit der Abzweigung nach der Hauptstraße, als Linie C die Linie von der Seebrücke nach Neutölln mit deren Abzweigung nach Tempelhofer, als Linie D die Linie vom Gesundbrunnen nach Neutölln, als Linie E die Linie von Friedrichsfelde nach dem Alexanderplatz.

Die neue Strecke nach Friedrichsfelde verfolgt den breiten Straßenzug der Frankfurter Allee unter der Mittelramenade, um westlich von dem Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde der Reichsbahn in die südliche Bauflucht der Frankfurter Allee einzuliegen und nach Unterführung des Bahnhofes Lichtenberg-Friedrichsfelde durch die Prinzenallee auf dem Betriebsbahnhof zwischen Nimmelsburger Straße und Treptowallee einzumünden. Für später ist die Weiterführung durch Treptowallee nach Karlshorst geplant.

Was unter dem Alex entstanden ist.

Die neue Linie hat 10 Stationen mit einer durchschnittlichen Entfernung von 788 Meter, und zwar Alexanderplatz—Schillingstraße—Straussberger Platz—Remeler Straße—Petersburger Straße—Samarinerstraße—Frankfurter Allee (Ringbahn)—Magdalenenstraße—Bahnhof Lichtenberg—Friedrichsfelde. Alexanderplatz und Bahnhof Lichtenberg sind U-Bahnstationen.

Der U-Bahnhof Alexanderplatz vermittelt den Umsteigeverkehr zwischen dem Stadtbahnhof Alexanderplatz und den U-Bahnhöfen der Linien A und B. Bahnhof Alexanderplatz ist gleichzeitig für eine weitere Untergrundbahn nach Weihensee bereits vorgeplant mit zwei Bahnsteigen im Richtungsvorkehr ausgebaut, so daß hier später vier Untergrundbahnen zusammentreffen. Dement-

sprechend sind auch bereits jetzt die Zugangs- und Uebergangsstreppen, die Verbindungsgänge und Zwischenpodeste in genügender Zahl und mit genügenden Abmessungen vorgezogen.

Die großzügige Bahnhofsanlage mit ihren zahlreichen Aufgängen, es gibt außerdem eine richtige unterirdische „Schaufensterstraße“ — und ihren vielen aufstrebenden Eigentümerinnen bietet

ein Bild schönster architektonischer Gestaltung.

Im östlichen Vorraum des Bahnhofs sind in die Mosaikwand fünf von der Staatlichen Porzellanmanufaktur hergestellte Bilder aus der Vergangenheit des Alexanderplatzes eingelassen. Diesen Bildern ist eine Ansicht hinzugefügt, die den chaotischen Zustand des Platzes zur Zeit des Untergrundbahnbaues zum Gedächtnis künftiger Jahre festhält.

Bei der Bauausführung nahmen die Abschnitte auf dem Alexanderplatz und der Königsstraße die längste Zeit in Anspruch. Hier wurde mit den Rohbauarbeiten im Jahre 1927 begonnen und

erst Anfang 1931 nach der Betriebseröffnung werden die letzten Arbeiten abgeschlossen sein. Abgesehen von der ungewöhnlichen, vier Monate dauernden Frostperiode im Winter 1928/29 wurde an diesen Stellen ununterbrochen gearbeitet, während auf der übrigen Strecke die Arbeiten mit Rücksicht auf die eingetretenen Finanzschwierigkeiten vorübergehend in den Jahren 1929 und 1930 stillgelegt werden mußten. Die Baukosten der 7,85 Kilometer langen E-Linie betragen einschließlich der Kosten für Betriebsbahnhof, Kraftwerke, Bogen und Grundstücke 123,7 Millionen Mark, während die Verlängerung der Strecke in Neutölln bis zur Grenzallee rund 19,1 Millionen Mark ausmacht.

Gelegentlich der gestrigen Vorbesichtigung der Strecke durch die Berliner Presse machte der Vorsitzende des Aufsichtsrates der BVG, der sozialdemokratische Stadtrat Reuter, wichtige Ausführungen über die künftige Neugestaltung Berlins. Seine Gedankengänge werden wir noch nachträglich wiedergeben.

Autobus rammt Bierwagen.

Schwerer Verkehrsunfall am Kottbuser Damm.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Brauerwagen der Schultheiß-Bahnhofstr. A-G. und einem Autobus der Linie 11, der sich gestern nachmittag auf dem Kottbuser Damm ereignete, erlitten fünf Personen erhebliche Verletzungen.

Der Kutscher des Brauerwagens wollte vom Kottbuser Damm in die Nachmannstraße einbiegen, als fast im gleichen Augenblick ein aus der Richtung Neutölln kommender Autobus der Linie 11 die Straßenkreuzung erreicht hatte. Der Autobusfahrer versuchte das drohende Unheil durch scharfes Bremsen zu verhindern, das schwere Fahrzeug rutschte auf dem schlüpfrigen Fahrdamm jedoch weg und prallte mit großer Heftigkeit gegen den Bierwagen. Der Kutscher, der 50jährige Willi Brauer aus der Jägerstr. 40 in Neutölln wurde vom Hof geschleudert. Mit schweren Verletzungen blieb er bewußtlos auf dem Fahrdamm liegen. Außerdem erlitten drei Fahrgäste, eine 20jährige Elisabeth Günther aus der Viktorstraße 14 in Pantow, eine 27-jährige Charlotte Wille aus Treptow, Wendenbrücke 65, und ein Fräulein Selma Fedtke aus der Gieschiner Str. 80 erhebliche Verletzungen. Die Verunglückten wurden ins Urban-Krankenhaus übergeführt.

einen 75jährigen Greis und einen Neger, der ihn aufzuhalten suchte. Der Greisesgehirn flüchtete dann und verursachte eine wahre Panik in den äußerst belebten Straßen. Im Eingang zu einem Fort schob er den diensttuenden Korporal nieder, der schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht wurde. Er verletzte ferner eine Frau, die in einer Entfernung in einem Weinberg arbeitete, dann verbarrikadierte er sich im Fort. Man konnte ihn bisher nicht festnehmen. In den Nachmittagsstunden begann eine regelrechte Belagerung des Forts.

Räuber im Konsum.

Überfall mit Pistole und Messer. — Geringe Beute.

Auf die Filiale der Konsumgenossenschaft im Hause Oxford-Str. 11, gegenüber dem Schillerpark, wurde gestern abend ein dreifacher Raubüberfall verübt.

Kurz vor Geschäftschluß, als die Angestellten des Geschäfts bereits mit dem Aufrechnen der Kasse beschäftigt waren, traten plötzlich drei gutgekleidete Männer, die das Gesicht durch Masken unkenntlich gemacht hatten, und Pistolen in den Händen hielten, ein. Unter dem Ruf „Hände hoch!“ ging einer der Räuber auf die Kasse zu und bemächtigte sich des Inhalts von etwa 90 Mk. Unter Drohungen verließen die Banditen dann den Laden. Ehe die Polizei von den Angestellten alarmiert werden konnte, waren die Räuber natürlich verschwunden. Sie stehen im Alter von etwa 23 bis 28 Jahren. Daß den Burken nicht eine höhere Summe in die Hände fiel, liegt daran, daß ein Teil der Tageslosgeld von dem Filialleiter bereits vorher an sicherer Stelle untergebracht worden war.

Irrsinnstat eines Negers.

Fünf Menschen niedergemacht. — Panik in den Straßen.

Paris, 19. Dezember. (Eigenbericht.)

Ein graufiges Blutbad richtete heute morgen ein Neger an, der in der Kaserne von Perpignan seinen Dienst versah. In einem Anfall von Geistesgekränktheit setzte er sich an die Straße und tötete drei Personen, die ihm in den Weg kamen, eine 86jährige Frau,

Auf der Treppe fing Ludwig unvermittelt lustig zu pfeifen an.

„Was hast du denn?“ mahnte Maria, die schon an den Abschied am Abend dachte und deren Gedanken gar nicht auf Lustigkeit eingestellt waren.

„Nichts!“ sagte Ludwig und hörte mit Pfeifen auf.

Wieder war er in der Front.

Wieder erlebte er das Heulen der den Himmel spaltenden Langrohrgeschosse, das vernichtungsbezeichnende Radaatad der Maschinengewehre, das Flirren der auseinanderpritzenden Schrapnelle, den dumpfen Einbruch der Minen, die grauenhaften Detonationen der Handgranaten.

Wieder erlebte er die tollsten Stürme, Angriff und Abwehr, sah seine Rebepleute fallen, hörte das Wimmern, Stöhnen und Schreien der Todverwundeten.

Er wußte, daß all diese Greuel noch lange kein Ende nehmen würden.

Er, Ludwig, gehörte nicht zu den glücklichen Leuten, die sich als unabtönnlich reklamieren lassen konnten. Aber er wollte mit aller Macht versuchen, dazu zu gehören. Selbst auf die Gefahr hin, er setzte bei diesem Versuch die Hälfte seines schwererarbeiteten Vermögens zu. Geld verlieren war immer noch besser, als das Leben verlieren!

„Alles ist Lüge, Lüge, Lüge! Der Krieg ist nur für die Dummen da!“ sagte er sich und fand es ratsam, langsam seine Münzen springen zu lassen. Beim Spielen fing er an.

Wenn er nach achtundvierzig Stunden Grabendienst erschöpft aus dem Feuer kam und meist noch einen oder mehrere tote Kameraden seines Zuges bis mit an das Lager hatte schleppen helfen, war er der Verzweiflung nahe und müde. Er wusch sich, schlang etliche Löffel des Kompagniefutters hinunter und lief in die Kantine.

Dort konnte er sicher sein, den Feldwebel zu finden, der da abends ständig unter einer Schar von Kompagnieangehörigen saß, die er kaum kannte.

Im Graben vorne sah er diese Gesichter nie, nur hinten beim Wöhnungssappell jede Detade. Diese Kameraden hatten die sogenannten Druckposten inne. Und warum? Weil sie es verstanden, dem Spieß ganz gehörig Bierseifen um den blonden Schnurrbart zu schmierern.

Ludwig hatte die inneren Zusammenhänge zwischen Druckposten und Kantine schon längst begriffen, schon seit seiner Depotzeit her. Er hatte sich aber davor geschaut, sein Geld auf solche Art loszuwerden.

Still und bescheiden setzte er sich in eine Ecke und trank sein Bier. Man sah ihn nicht, das heißt, man wollte ihn nicht sehen. Besonders der Feldwebel nicht. Hier brauchte man keine lästigen Zuhörer.

Ludwig machte diese Nichtachtung, ja manchmal geradezu wegwerfende Behandlung nichts aus. Innerlich lachte er sogar darüber. Auch hinter die Feldwebel hat Gott den Fall gelegt. Ludwig wartete ab. Seine Stunde würde schon noch kommen. Er verstand es schon, gelegentlich das Ding zu drehen!

Nach einer Woche etwa gab sich die erste Gelegenheit zu einer Anknüpfung. Er kam mit einem der am Feldwebel sitzenden in ein schleppendes Gespräch. Dieser erzählte mit hierschwerer Zunge wichtig von seinem Posten hinter der Front. Er hatte zwanzig Belgier unter sich, die irgendwo Wasserleitungsrohre eingegraben mußten. Was gingen Ludwig die Wasserleitungsrohre an? Seineinetwegen hätten sie in irgendeiner Mondlandschaft gelegt werden können. Das wäre ihm genau so wichtig gewesen. Aber seines Zweckes wegen ging er auf die Ausschneidereien des Mannes ein, ja, er tat noch ein Lebriges und bestellte ihm Bier.

Der schwenkte nun von seinen Wasserleitungsrohren ab auf sein Zivilleben und gab mächtig an. Je mehr er schwadronierte, desto lauter wurde er. Schließlich so laut, daß ein anderer, der eben die Hand an das Ohr des Feldwebels gehalten und ihm etwas zugeflüstert hatte, aufbrauste:

„Mensch, halt mal deine gottlose Schnauze. Es glaubt dir ja doch keiner deine Räuberpistolen!“

Ludwig lachte schallend.

Da sah der Feldwebel auf und bemerkte ihn. Er winkte ihm mit dem dicken, roten Zeigefinger heran und fragte:

„Ja, Sie, Eisermann, Sie sind doch der Geschäftsmann, nicht? Wie ist denn eigentlich ihr Prozeß verlaufen?“

Mit einem Satz stand Ludwig neben dem Feldwebel und verbeugte sich:

„Bestatten Herr Feldwebel, daß ich mich feje?“

„Habe nicht dagegen“, sagte, Sozialität ausatmend, der Webel des Feldes. „Wie war das gleich mit ihrer Sache? Man hat so viel im Kopf, augenblicklich. Da vergißt man alles andere, was einen interessiert.“

Ludwig bestellte eine Stubenlage, ehe er dem Feldwebel antwortete.

„Du feierst wohl Geburtstag, Kamerad?“ riefen etliche fröhlich.

Ludwig nickte.

(Fortsetzung folgt.)

W. Seemann
U. Wöhrl
Unternehmer..

Am letzten Tage seines Urlaubs besuchte er gemeinsam mit Maria den Rechtsanwalt, einen alten, pergamentgesichtigen Advokaten, den der Krieg verschont hatte, und bedankte sich herzlich bei ihm.

Der Mann des Rechtes lachte:

„Na, wissen Sie, Herr Eisermann, so eine Sache wie die ihre ist nicht besonders schwierig. Ich habe schon vielen meiner Klienten zu solchen Terminen verholfen. Man ist doch ein Mensch, nicht wahr, und tut, was in seinen Kräften steht. Für Sie schon ganz besonders. Uebrigens, Herr Eisermann, versuchen Sie's doch mal mit einer Reklamation. Es gibt doch so viele Feldgräbe, die reklamiert sind. Hausenweise laufen die hier in Berlin herum. Sie sind doch Handwerker, Tischlermeister, nicht? ••• könnte ihnen das doch nicht schwer fallen. Fabrizieren Sie doch Munitionskästen oder sonst was Kriegs-wichtiges! Man muß nur guter Patriot sein, dann läßt sich schon vieles machen. Haben Sie nicht irgendwie einen entfernten Bekannten in irgendeinem Ministerium? Oder den Bekannten eines Bekannten? Das genügt zur Not vielleicht auch schon, um Ihnen zu helfen. Sie wissen ja, wir als Rechts-anwälte können manches tun...“

Ludwig verneinte.

Der Anwalt zuckte bedauernd die Achseln.

„Schade!“ sagte er und griff nach den Aktenstößen, die vor ihm lagen.

Ludwig verstand. Der Mann wollte arbeiten. Es gab ja noch andere Fälle als den des kleinen Eisermann. Er erhob sich und legte einen blauen Schein auf die abgeschabte Tisch-tante.

Bohlowollend gab ihm der Pergamentgesichtige die Hand. Auch Maria übergab er nicht.

Er begleitete beide hinaus. Noch unter der Türe klopfte er Ludwig auf die Schulter:

„Was ich noch sagen wollte, wenn wieder mal so ein vermaledeiter Prozeß an Sie herankommen sollte, lieber Herr Eisermann, ich stehe jederzeit zu ihrer Verfügung!“

Der „Goldmacher“ vor Gericht

Des Betruges überführt. — Zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Düsseldorf, 19. Dezember.

Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Düsseldorf begann unter großem Andrang des Publikums der Prozeß gegen den bekannten „Goldmacher“, den verschiedentlich vorbestraften Fälscher Heinrich Aurschildgen aus Hilden. Dem Angeklagten wird Betrug in mindestens fünfzehn Fällen und Betrugsversuch vorgeworfen.

Aurschildgen erklärt, daß er niemals betrogen habe, und daß seine Erfindung echt gewesen sei. Es sei ihm auch durchaus unmöglich, sich über seine Erfindung zu äußern, die doch Ergebnisse erzielt habe. Als erster Zeuge wurde ein Rechtsanwalt vernommen, der in seiner Besichtigung dem Angeklagten ein Laboratorium eingerichtet hatte. Der Zeuge schloß: „Mein Interesse hat mich 15 000 M. gekostet, aber ich bin überzeugt, daß das, was ich selbst gesehen habe, kein Schwindel war.“

Nach etwa halbstündiger Beratung fällt das Gericht folgendes Urteil:

„Der Angeklagte wird wegen fortgesetzten Betruges zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft verurteilt. Die bei ihm beschlagnahmten Apparate, Instrumente und Chemikalien werden eingezogen.“

Neue Zwanzigmarkscheine.

Zehnmarkscheine folgen. — Anwendung der letzten technischen Neuerungen.

Der Entschluß der Reichsbank, die jetzt in Umlauf befindlichen Noten durch neue Noten zu ersetzen, bei deren Herstellung alle technischen Neuerungen der letzten Jahre zur Anwendung gelangen, liegt schon mehrere Jahre zurück.

Als erster Wert soll jetzt die neue 20-Reichsmark-Note dem Verkehr übergeben werden. Die 10-Reichsmark-Note folgt in wenigen Wochen; Fünfziger, Hundert- und Tausender sind in Arbeit. Dem Wunsche, in den Reichsbanknoten das Schaffen und Streben des deutschen Volkes zu veranschaulichen, wurde durch die Wahl der Bildnisse entsprochen, die hervorragende Persönlichkeiten aus Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Handel, Wissenschaft und Kunst darstellen. Die jetzt zur Ausgabe gelangende 20-Reichsmark-Note trägt das Bildnis von Werner v. Siemens, die alsbald folgende Note zu 10 Reichsmark wird das Bildnis von Thier zeigen.

Bei dem jetzt verwendeten Papier wurde erstmalig versucht, das gestochene Porträt auf den Geldscheinen auch als Wasserzeichen erscheinen zu lassen. Hierzu waren sehr umfangreiche Vorarbeiten und Einrichtungen notwendig, die erst nach dem Vorliegen druckreifer Platten begonnen werden konnten und für sich allein schon sehr großen Zeitaufwand beanspruchten. Die Versuche hatten sich nicht nur auf die Erzielung eines möglichst vollkommenen Wasserzeichens, sondern auch auf die Hebung der Qualität des Papiers zu erstrecken. Das Ergebnis äußert sich einmal in dem gut gelungenen Wasserzeichen, zum anderen aber in der wesentlich höheren Festigkeit des Papiers, dessen Widerstandsfähigkeit das Doppelte des bisherigen beträgt. Damit ist der Typ für die neue Banknotenreihe geschaffen, als deren erster Wert die 20-Reichsmark-Note nunmehr dem Verkehr übergeben wird.

„Nicht das Schwert, sondern der Pflug!“

Rundgebung der republikanischen Studenten zum Ostproblem

Die Organisation der republikanischen Studenten, der Deutsche Studentenverband, veranstaltete eine Rundgebung zu den Fragen des deutschen Ostens.

Im bewußten Gegensatz zu der Kriegshege der nationalsozialistischen Studenten wurde versucht, die wirksamen Schuttmittel zur Erhaltung des deutschen Grenzlandes aufzuzeigen. Als drei



Winterreise durch Berlin.

Mariendorf.

Die frühere Abgrenzung der Gutsbezirke hat es mit sich gebracht, daß der auf dem Vorortbahnhof Mariendorf Aussteigende beim Betreten des schönen Schmuckplatzes zur Rechten sich auf Siedender Gebiet befindet. Für Mariendorf, das südlich des Teltowkanals liegt,

spielt denn auch die Straßenbahn die wichtigste Rolle und die Verwaltung hat das ihrige getan, um den Verkehr zu bewältigen: drei Linien kreuzen den Kanal: 25, 99 und 199. Nach Westen tritt noch der Autobus 97, vom Bahnhof Mariendorf kommend, hinzu. Die erhoffte U-Bahn-Verbindung ist vorläufig in die Ferne gerückt. Immerhin hat Mariendorf einen kräftigen Aufschwung nehmen können; 24 000 Einwohner steuert es zu den 100 000 des Bezirks Tempelhof bei.

24 000 Menschen, die in einer verhältnismäßig reinen Großstadt- randluft wohnen! Das den Berlinern gut bekannte Gaswerk und die Fabriken liegen längs der Jossener Bahn, und ein Blick auf den Stadtplan zeigt, wie weit die Entfernung bis zum Zentrum, dem Rathaus, ist. Der Autobus braucht vom Bahnhof bis Ecke Kaiserstraße und Chausseestraße fünf Minuten. Das Rathaus liegt nicht in der senkrecht zur Chausseestraße gestellten Dorfstraße, die in ihrer Breite und mit ihrem Baumreichtum und den kleinen

Häusern noch ganz das alte Mariendorf darstellt, sondern in der etwas nördlicher gelegenen Kaiserstraße. Aber auch hier Ruhe und Blick aufs Grüne — die dem Rathaus angeschlossene Anlage ist jetzt auch Gemeingut geworden und vor dem Gebäude hat man einen mit Bütteln geschmückten Springbrunnen aufgestellt —, dahinter erstreckt sich noch weites unbebautes Terrain. Nach rechts führt vom Platz eine Treppe zu den dort stehenden monumental wirkenden Gebäuden, und zur Linken wirken sich das stattliche Schulgebäude und die auch Bürozweden dienende Feuerwehr-Bauanlage zu einer kraftvollen Umrahmung aus. Man wird diesem Platz den Charakter des dem Altertum typischen Forum zusprechen können — was Bürger-sinn geschaffen und schaffen wird, soll hier seine Stätte haben. Der Platz steht auch so recht in der Mitte der durch ihre Bauweise verschiedenen Ortsteile — nach Norden wölket der Hochbau, nach Süden die offene Bauweise vor.

Aber der Stolz der Mariendorfer ist der 23 Hektar große Volkspark, unter der Leitung des Gartendirektors Fischer entstanden und in der Fläche von 20 Hektar bereits erschlossen. Er enthält Wasserläden, die dem Eislauf dienen, Spielplätze, Flächen, die dem Sport vorbehalten sind, und auf die Möglichkeit, Wintersport zu treiben, hat man besonderes Gewicht gelegt. Daß Mariendorf die größten Rosentreiberereien Berlins aufweist, ist noch erwähnt. Der Berliner kann daher bei jedem Wetter seine Schritte nach Mariendorf lenken; er wird in dieser künstlerisch behandelten Mischung von Alt und Neu auf seine Kosten kommen.

Kedner, Staatssekretär Krüger für die Sozialdemokratische Partei, Staatskommissar a. D. Rönneburg für die Deutsche Staatspartei und Reichstagsabgeordneter Schauff vom Zentrum erklärten Bayern- und Landarbeitersiedlung und Aufteilung des Grenzgebietes für die einzige wirksame Möglichkeit des Grenzschutzes. Unsere östlichen Grenzgebirge haben durch energische Siedlungspolitik die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer auf 110 bis 120 Köpfe heraufgetrieben, während das deutsche Land östlich der Oder nur eine Bevölkerungsdichte von 55 bis 60 Köpfen pro Quadratkilometer hat.

„Nicht das Schwert, sondern der Pflug ist der wahre Kolonisationsfaktor!“ Das war das Motto der Kundgebung, die mit einem Hoch auf die Deutsche Republik schloß.

Potsdamer Straße ohne Licht.

Ein großer Teil der Potsdamer Straße war gestern abend ohne Licht. Um 17.20 Uhr „erloschen“ zwischen der Köpenickerstraße und der Potsdamer Brücke sowie in der ganzen Kurfürstenstraße plötzlich sämtliche Gaslaternen. Über eine Stunde lagen die Hauptverkehrsstraßen im Dunkeln, bis es kurz nach 18 Uhr gelang, den Schaden zu beheben.

Gastod einer Siebzehnjährigen.

In der Wohnung ihres Arbeitgebers, Hindenburgdamm 110, vergiftete sich gestern die 17jährige Hausangestellte Charlotte Lehmann. Auf dem Küchentisch wurde ein Brief gefunden, der an die Eltern des jungen Mädchens adressiert ist.

Notlandung des Kleinluftschiffs.

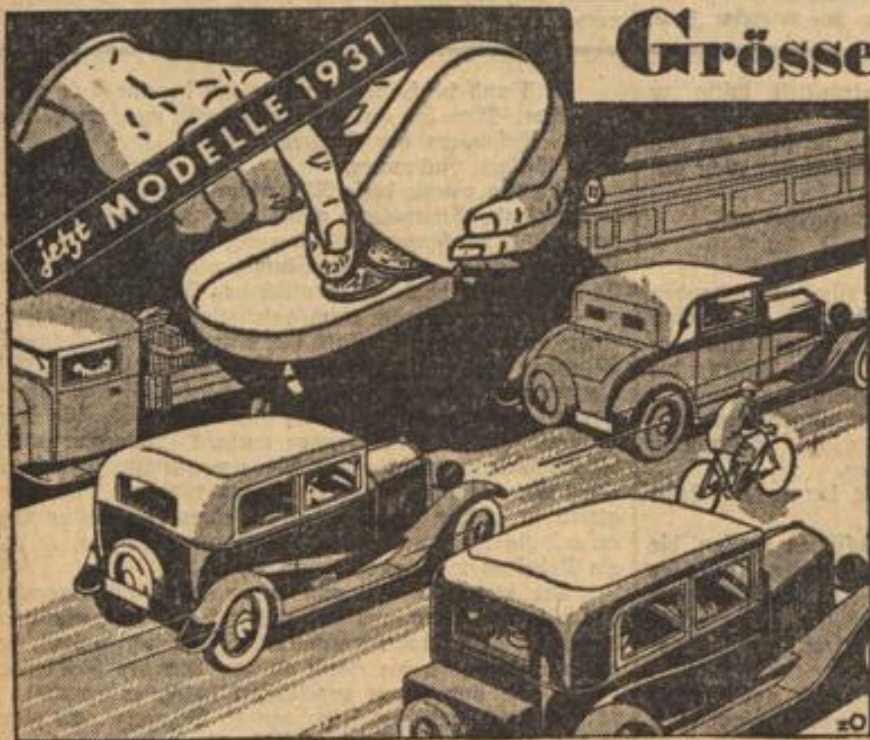
Das Kleinluftschiff mit der Aufschrift „Trumpf“ und der Zulassungsnummer DPN 28 ist heute auf dem Wege nach Staaten in der Nähe von Biesenthal infolge Motorfehlers notgelandet. Die Landung ging glatt vor sich, es wurde niemand verletzt.

Sie wollten gemeinsam sterben.

In einem Hotel am Schlesischen Bahnhof versuchten sich gestern der dreißigjährige Krankenwärter Erich B. und seine um drei Jahre ältere Frau Anna durch Gift zu vergiften. Das Ehepaar war mittags abgeflogen, und schon bald darauf hörten Hotelangestellte im Zimmer der beiden schweres Röcheln. Als man in den Raum eintrat, wurde das Ehepaar bewußtlos in den Betten aufgefunden. Die Lebensmühen fanden im Krankenhaus am Friedrichshain Aufnahme. Das Motiv zu dem gemeinsamen Vergewaltigungsakt ist unbekannt.

Billiger Sonnabend im Zoo. Am heutigen Sonnabend, 20. d. M., kostet der Eintritt in den Zoologischen Garten von 2 Uhr nachmittags ab nur 50 Pf. für Erwachsene und 25 Pf. für Kinder, ebenso im Aquarium. — An den beiden Weihnachtsfeiertagen veranstaltet der Zoologische Garten von 4 Uhr nachmittags ab Militärmusik.

Wetterausichten für Berlin: Vorwiegend stark wolkig, nur unbedeutende Niederschläge, Tagestemperaturen über Null. — Für Deutschland: Im Süden keine wesentliche Veränderung, im Norden weitere langsame Wärmehöhe, aber nur vereinzelt etwas Niederschlag.



Größere Wirtschaftlichkeit...

ein Beweis für Opels Führerschaft!

Die Wirtschaftlichkeit eines Opelwagens ist sprichwörtlich. Noch mehr als die bisherigen aber zeichnen sich die 1,1 Liter 4 Zylinder Modelle 1931 durch ihre Preiswürdigkeit und Sparsamkeit im Betrieb aus. Größere Kraft - besseres Bergsteigevermögen - höhere Geschwindigkeit - größere Leistung ... ohne erhöhte Betriebskosten!

In der Tat - Opel bietet die Leistungsfähigkeit eines teuren Wagens - bei Betriebskosten eines kleineren Wagens! Größere Wirtschaftlichkeit aber ist nicht das Einzige, womit die neuen Wagen Sie überraschen. Opels Führerschaft, Opels Ringen um das Beste macht sich überall bemerkbar durch: größere Kraft, Sicherheit, Zuverlässigkeit - durch Qualität, mehr Schönheit und Bequemlichkeit - durch viele sogenannte „kleine Annehmlichkeiten“ und durch eine

reiche Auswahl an Karosserietypen und Farben. Nur Opel ist im Stande, Ihnen solche Vorteile zu bieten. Die große Produktion (1/3 aller Wagen der 3000 Mark Klasse werden von Opel gebaut) und die damit gegebenen günstigen Einkaufsmöglichkeiten erklären den ausserordentlich hohen Gegenwert, den Sie für Ihr Geld bekommen. Also - Sie erhalten mehr für Ihr Geld, wenn Sie Opel kaufen. Außerdem - der Opel-Zahlungsplan erleichtert Ihnen die Anschaffung.

Größere Wirtschaftlichkeit!

Vergleichen Sie Größe, Geräumigkeit und Leistung der Opel 1,1 Liter Wagen mit den geringen Unterhaltungs- und Betriebskosten! Neuer Vergaser - Änderungen am Motor - Kraftsteigerung

ohne größeren Brennstoff- und Ölverbrauch. Stoßdämpfer vorn und hinten - bessere Straßenlage - geringerer Reifenverschleiß. Stabile Konstruktion - lange Lebensdauer!



Größerer Wert - ohne Preiserhöhung!

2-sitziger Roadster . . . RM 1990 2-sitziges Cabriolet . . . RM 2500
4-sitziger offener Wagen RM 2350 4-sitzige Limousine . . . RM 2700
fünffach bereift . . . Preise ab Werk
ADAM OPEL A. G., RUSSELSHEIM AM MAIN

EDUARD WINTER A. - G.

Berlin-Halensee, Cicerostr. 18 W 15, Kurfürstendamm 207
H 1 Platzburg 20, 2333, 7524 J 1 Bismarck 5014, 5819
NW 7, Unter den Linden 66 N 54, Rosenthaler Straße 37
A 4 Zentrum 5059, 5060 D 2 Weidendamm 3417
Kundendienst Abt. Schöneberg, Bessemerstr. 28-32. G 5 Südring 1833, 2742

Bruno Dietzmann G. m. b. H., Opel-Verkaufsges., Bln.-Schöneberg, Innsbrucker Platz 1, H 3 Rheingau 9452-53
Gedü am Hallischen Tor, SW 61, Belle-Alliance-Platz 2, A 7 Dönhoff 7010/11
Scheunchen & Kurth, O 27, Schicklerstraße 6, E 1 Carolina 1333
Willi Schultze-Herfort Kraftfahrzeuge, W 35, Potsdamer Straße 109, B 1 Kurfürst 2258

Georg Schwager, NW 87, Kaiserin-Augusta-Allee 3, C 5 Hansa 8306-08
Herbert G. Treptau, O 112, Frankfurter Allee 293, E 8 Andreas 276
Wertheim Automobilges., W 9, Friedrich-Ebert-Str. 14, A 4 Zentrum 8641-55
Erich R. W. Wetzlar, Berlin-Charlottenbg., Bismarckstraße 31, C 4 Wilhelm 2104

Die Alten feiern Weihnachten!

Trotz der Not der Zeit hatte das Wahlfahrtsamt Neufölln gestern nachmittag die Besucher der Tagesheimen zu einer feierlichen Weihnachtsfeier nach dem Karlsgraben geladen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 6. Kreis Kreuzberg. Ordnerkreis Kreuzberg: Treffpunkt zur Kundgebung am Sonntag, 21. Dezember, 11 Uhr, am Untergrundbahnhof Gesundbrunnen.

Heute, Sonnabend, 20. Dezember. 30. WM. Senft. Sonnabend, 18 Uhr, Weihnachtsfeier mit Kinderbesetzung in der Aula der Realschule, Gieselerstraße.

Morgen, Sonntag, 21. Dezember. 44. WM. Hentrich. Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich an der Kundgebung um 12 Uhr im Humboldthain.

- 2. Kreis Tiergarten. Sonntag, 21. Dezember, 18 Uhr, findet die Weihnachtsfeier in der Taubstummen-Anstalt, Albrechtstr. 27 (nahe Bahnhof Friedrichstraße), statt.

Bezirksauschau für Arbeiterwohlfahrt.

14. Kreis Kreuzberg. Die Kinder treffen sich am Sonntag um 14 Uhr vor dem U-Bahnhof Reichhaus, Berliner Straße, um gemeinsam zur Volkshöhe zu gehen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Kreuzberg: Alle Klassen des Kreises treffen sich Sonnabend um 15 Uhr zur Probe (Einführung) im Jugendheim Volkshöhe, Platz 1.

Kreis Kreuzberg: Die Treffpunkte zur Sonnenwendfeier am Sonntag in der Volkshöhe sind um 9 Uhr für alle Gruppen: Anant, Birle, Quere, U-Bahnhof Reichhaus, etc.

Geburtstage, Jubiläen usw.

105. Abt. Adlerhof. Unser Genosse, Kreisleiter Paul Becker, kann heute auf seine 60. Geburtstag zur Partei zurückblicken.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Abt. Unser Genosse Hermann Horwich, Essener Str. 20, ist verstorben. Seine letzten Wünsche sind erfüllt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S 14, Gebakstraße 17-18, Hof 2. Et. Sonntag, 21. Dezember, Entzwei in Bundesfeier um 11 1/2 Uhr im Humboldthain.



Bon einer „Wüstentour“ zu vorgeschichtlichen Fundstätten Ägyptens“ berichtet Dr. Eise Baumgärtel in der Jugendstunde. Der Titel des Vortrages klingt recht gelehrt, und die Einleitung auch noch.

Genoss Meyer-Herz. Ohne Musik und Tahrn. — Sonnabend, 20. Dezember, Reichshaus, Kameradklub: 19 Uhr Weihnachtsfeier. Alle Kameraden herzlich willkommen.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Abteilungsleiter, acht (acht) am Samstag-Programm ab! Kundgebung der Volkshöhe am 1. Januar, 15 Uhr. Einige Karten zu 50 Pf. für Jugendliche sind noch zu haben.

Achtung! Gruppen! Wir beteiligen uns morgen zeitlos an der Kundgebung der Partei im Humboldthain.

- Süden: Weihnachtsfeier, 20 Uhr, „Hilfskreis Schlichte“, Rathenowstr. 11. — Reichshaus: 19 Uhr, Weihnachtsfeier, Treffpunkt: 17 1/2 Uhr, Hof 2.

In einem Offenen Brief an alle, die es angeht, wendet sich der Inhaber der Steinmeier Betriebe Herr Gustav Steinmeier protestierend gegen das Vorhaben, am Kurfürstendamm ein neues auf 7000 Personen berechnetes Vergnügungsetabliement zu errichten.

Reichsbank advertisement. In der Generalversammlung der Anteilseigner am 15. Februar 1930 ist beschlossen worden, den Anteilseignern eine Gegenleistung für die Neuregelung der Gewinnverteilung infolge Abänderung des § 37 des Bankgesetzes in der Weise anzubieten, daß auf je 4 Anteile über je RM 100.—

Erna Büsing: Er paßt in die Zeit

Herr Somiewo war ein kleiner Kaufmann in einer kleinen Stadt. Er handelte mit Kolonialwaren, Stopfgarn, Zwirn und anderen Kleinigkeiten des täglichen Bedarfs, welche die Frauen gern nebenbei kaufen.

Mit einer Hilfskraft, einem flinken, gefälligen jungen Mann, versah Herr Somiewo das Geschäft. Es ernährte ihn; das heißt in diesem Falle, es reichte zum Sattessen, zu ein paar Sonntagsnachmittagspaziergängen mit Einkleinen in einem Kaffeegarten und zu einem bescheidenem Guthaben auf der städtischen Sparkasse. Herr Somiewo war zufrieden, wie die meisten Menschen seines Schlages es dazumal waren.

Dann kam der Krieg, der nicht nur die Menschen aufscheuchte aus der Bequemlichkeit ihres Lebens, der auch alles durcheinander schüttelte. Herr Somiewo lief nach dem Bahnhof, sah die ersten Züge mit Truppen abfahren und steckte gefreudig manchem Feldgrauen eine Tafel Schokolade in die Tasche. Bald stand Herr Somiewo von früh morgens bis spät abends in seinem Laden und verkaufte, denn alle Hausfrauen legten sich eine Hamstertüte zu. Sechs Wochen würde dieser Krieg dauern, man rechnete so und berechnete zugleich, daß sechs Wochen eigentlich eine lange Spanne Zeit wären. Dann kamen Mütter und Frauen und kauften Kleinigkeiten für Feldpostpäckchen, die sie der zu Kriegsbeginn überhaupt nicht funktionierenden Feldpost anvertrauten. Herr Somiewo war menschenfreundlich, spezialisierte nach wie vor auf Dauerhaftigkeit und legte, indem er erst vorsichtig das Päckchen wog, ein paar Bouillonwürfel bei.

Bald war Herr Somiewo ein vielumschwärmer Mann, weil die Lebensmittel langsam knapp wurden. Er ließ sich kaum im Laden sehen und wenn sein junger Mann etwas verkaufte, kam das einer unverdienten Gnade dem Kunden gegenüber gleich. Es gab keine festen Preise mehr und der junge Mann nahm den Aufschlag auf die Lebensmittel ganz nach Belieben. Die Frauen standen an um Heringe und um etwas Mehl, das so gut wie ungenießbar war. Der junge Mann fuhr in eine Hasenstadt, der junge Mann holte Reis und speerte ihn sorgsam in ein Hinterzimmer ein. Herr Somiewo verkaufte nur noch stundenweise am Tage. Der junge Mann war immer auf Reisen. Er schaffte wohl Waren heran, aber er verkaufte sie nicht, mußte er doch gar zu gut, daß die Preise ständig anstiegen. Auf Anzeige beschäftigte sich die Polizei mehr als einmal mit Herrn Somiewo und seinem Geschäft. Jedoch der junge Mann war guten Mutes und riet Herrn Somiewo zur Schließung des Ladens. Herr Somiewo schloß sein Geschäft, sagte wohlgefallig: „Mein junger Mann paßt in die Zeit“ und handelte nun hinterherum. Heimlich kamen die Leute zu ihm und teurer meldete ihn der Polizei. Der Hunger wurde größer und jeder war froh, wenn er für teures Geld etwas bekommen konnte. Auf der Regelsbahn verkaufte Herr Somiewo Schinken und am Stammtisch „Bismarck“ handelte sein junger Mann mit weichem Käse. Überall sahen die beiden frohe Gesichter um sich.

Der Krieg wollte kein Ende nehmen, der Hunger nahm zu und die Eier der Militärs nach Menschenmaterial desgleichen. Sogar Herr Somiewo und sein junger Mann schwebten in der Gefahr, eingezogen zu werden. Doch sie verstanden beide, sich in der wirren Zeit zurechtzufinden. Herr Somiewo war durch seine Lebensmittelbeziehungen bereits ein einflußreicher Mann des Städtchens geworden und der junge Mann war schon seit langem sein Geschäftsführer. Sie wurden beide große, unabwandsche Patrioten; legten überhinaus verdientem Geld Flug an und handelten mit künstlichen Gliedern. Die wurden jetzt gebraucht und die Krüppel, die

stolz darauf sein durften, dem Vaterland Teile ihres Körpers geopfert zu haben, wurden von Herrn Somiewo und seinem Geschäftsführer wirklich erstklassig bedient. Es war ein reiner Unfuss, an einem komponierten Glied zu hängen, wo die Ersatzteile so gut waren. Herr Somiewo frischte die Krüppel auf, sie sahen aus, wie auf Neu gebügelt. Herr Somiewo hielt am Stammtisch „Bismarck“ die dementsprechenden Vorträge und sein Geschäftsführer wies beim zuständigen Bezirkskommando darauf hin, daß der Krieg den Feind überhaupt viel schlimmer treffe, weil der Feind nicht so vorzügliche künstliche Glieder herstellen könne, wie Herr Somiewo unter der Leitung seines Geschäftsführers. Es entstand auch ein Film, der Wunderdinge von den künstlichen Gliedern berichtete. Und der Film als neumodische Geschäftsreklame bewährte sich glänzend; denn sowohl Herr Somiewo wie sein Geschäftsführer wurden dauernd für unabkömmlich reklamiert. Herr Somiewo rieb sich die Hände und sagte: „Mein Geschäftsführer paßt in die Zeit.“

Es kam die Inflation und Herr Somiewo und sein Geschäftsführer, der jetzt sein Kompagnon war, handelten nicht mehr mit künstlichen Gliedern, sondern mit allem möglichen. Sie tauschten Margarine und Schreibmaschinen, chinesische Münzen und braune Seife und ein Theater erranschten sie, wegen des Kupferertrages seiner Säulenköpfe. Nach getätigtem Kauf schlossen sie nämlich sofort die Bude und verkauften das ganze Haus auf Abbruch, wobei das bei der Ausstattung verwendete Kupfer ihnen viermal ihren Verkaufspreis erbrachte. Für beide war das Leben nur noch ein großes Geschäft und die Not der anderen ein verdienstreicher Kuhhandel. Herr Somiewo war ein bedeutender Mann geworden. Eiliche Zeitungen brachten Bilder von dem genialen Kaufmann. Und wenn die Bilder zur Zeit des schlechten Papiers und der noch schlechteren Druckerchwärze auch nur ein paar große, nach widerlicher Stiefelmilch riechender Flecken waren, so taten sie doch ihre Wirkung. Der Kompagnon hielt überdies Vorträge unter dem Titel „Der Weg zum Erfolg“. Er sagte, man müsse nie achlos an seiner Zeit vorbeilaufen, man müsse immer die Gegenwart verstehen. Das Ritzen mit der Zeit und ihren Ereignissen führe zum Erfolg. Er drückte eigentlich nur einen Gedanken in hundert Sätzen aus und wend in Wirklichkeit bloß Floskeln um seine brutale Raffgier. Aber das Publikum kam, füllte die Säle und zahlte.

Herr Somiewo rieb sich die Hände, lächelte wohlgefallig über seinen Kompagnon und sagte: „Wirklich, er paßt in die Zeit.“ Herr Somiewo gab in kleinen aufgehobenen Kreisen Interviews. Sie lauteten: „Aber die ausgeübte Verdienstmöglichkeit ist Lebensinhalt. Das Schacherntönnen ist das einzige zu fördernde Talent des Menschen. Man muß nicht arbeiten, man muß handeln, das heißt, kaufen und verkaufen mit Verdienst. Man kauft keine Ware, man verkauft die Menschen, wofür sie gut sind.“

Endlich kam die Stabilisierung und Herr Somiewo stiel, wie einst die Mark. Heute traf ich ihn. Er war schäbig angezogen, redete gedrückt von Geschäftsaussicht, Anlage wegen Steuerhinterziehungen und dergleichen Dingen mehr. Dann fragte ich: „Was macht der Herr Kompagnon?“ Da brüllte Herr Somiewo auf wie eine Heulboje und sagte: „Ja, denken Sie nur, er hat alles bare Geld und meine Anzüge mitgenommen und sitzt nun mit ein paar Weibern in Paris beim Sekl. Und wie der da lebt, bei der Währung! Was sagen Sie dazu?“ Da konnte ich beim besten Willen nicht anders, als Herrn Somiewos Worte anzunehmen und seine Worte zu gebrauchen, mit die Hände zu reiben und zu sagen: „Wirklich, er paßt in die Zeit!“

nicht aufnehmen. Wochenlang nährten wir uns von Kürschen. Die Folge war abermals die schreckliche Ruhr. Wer in dem aufreibenden Kleintriebe mit den Boshemeln noch übrig blieb, den holte sich die Ruhr. Wir lagen zum größten Teil im Freien auf Stroh, weil alle Lazarette überfüllt waren. Und abermals hub ein Mosensterben unter den entseßlichsten Qualen an, fast 3000 Kilometer von der Heimat entfernt. Nur der aufopfernden Pflege eines Sanitätsfeldwebels, der mir dauernd große Mengen Rum einschliefte und mich ständig im Kautschujustand hielt, verdanke ich wohl mein Leben.

So grauam war der Krieg, daß viele sich selbst verstümmelten, um nur wieder einmal in ein warmes Bett zu kommen; so brutal war er, daß viele wahnsinnig wurden und gegen den elektrisch geladenen Stacheldraht liefen, wo sie der Tod erlöste.

Unsere Kompagnie, die Ende 1914 in Stärke von 250 Mann ausrückte und wiederholt durch Erfolg aufgefüllt wurde, zählte jetzt nur noch 57 Mann. So zermürbt, ausgemergelt, halb verhungert und verlaßt sahen wir Ende 1918 die Heimat wieder.

Um uns jetzt von den Kaschirmen zu lassen, wie herrlich doch ein Krieg ist.

Kans Werner Ludwig:

Napoleons Kinderpolizei

Napoleon Bonaparte, der sich nicht nur im Auslande, sondern auch in Frankreich von Feinden seiner Person ständig bedroht sah, hatte ganz Europa mit einem Netz von Geheimpolizisten und Spionen überzogen, denen keine Verschönerung, die sich gegen den Kaiser richtete, entgehen konnte. In Frankreich war das Geheimkorps, das in der Hauptsache aus Spionen und entlassenen Sträflingen bestand und von Eugen Francois Bidocq, einem gemeingefährlichen Verbrecher, geleitet wurde, noch verstärkt durch Kaisertruppen, zuverlässige Vertreter aller Stände, die jede verdächtige Regung ihrer Mitbürger unverzüglich dem Polizeichef zur Anzeige brachten. Um aber auch in die dem Kaiser bis aufs Blut verfeindeten Aristokratentriebe eindringen zu können, die in ihrer äußersten Vorsticht keinem Fremden trauten, wurden von Bidocq allersgebeugte Greise gedungen, die sich unter den verschleierten Vorspiegelungen Einlaß in die Häuser der Verdächtigen verschafften und deren Silberhaar, das für ihre Lauterkeit zu bürgen schien, ihnen die eingehendsten Beobachtungen ermöglichte, die danach ihren Gastgebern den Kopf oder wenigstens die Freiheit kosteten. Diese Lauscher hatten zur Folge, daß in den aristokratischen Kreisen bald auch keinem fremden Greis mehr getraut wurde. Die Führer der Geheimpolizei mußten sich aber auch jetzt weiter zu helfen. Da sie wußten, daß die Verdächtigen in Gegenwart Ermüdener, die sie nicht genau kannten, jedes verhängliche Wort vernahmen und nur über das Allerbanalste sprachen, kamen sie auf den Gedanken, unminidige Kinder, denen niemand misstrauen konnte, als Spitzel zu benutzen. Bidocq selbst wählte eine Anzahl hübscher, manierlicher Kinder aus, die nicht älter als fünf Jahre waren und die außer ihren äußeren Vorzügen eine leichte Auffassungsgabe und ein gutes Gedächtnis besaßen. Diese Kinder, die auf die verdienstlichsten unerbittlichen Krien auf ihre Opfer losgelassen wurden, waren genau instruiert, welche Personen sie zu beobachten hatten und welche Äußerungen sie besonders zu beachten hatten.

Berschiedentlich wurde das Mandat angewendet, daß man eines dieser Kinder bei Einbruch der Dunkelheit an die Tür eines aristokratischen Hauses schickte und dort solange warten ließ, bis einer der Verdächtigen nach Hause kam. Nun begann das Kind zu weinen, und wenn man es fragte, was ihm denn fehle, so sagte es schluchzend, es habe sich verlaufen und finde nicht mehr zurück. Fragten die mitteilidigen Menschen weiter, so gab das Kind einen falschen Namen an und kannte sich der Straße, in der es wohnte angeblich nicht mehr entsinnen, erklärte aber, daß es bei Tage den Weg nach Hause bestimmt finden werde. Das niedliche, schulpflege Kleine wurde nun ins Haus aufgenommen, bewirtet und ward rasch ein Freund der eigenen Kinder, so daß man sich vor ihm natürlich auch nicht in acht nahm. Andernorts kehrt das Kind beim, hatte alles Wissenswerte ausforsiert und konnte der Polizei berichten. Kurz danach traf die gutherzigen Menschen, die nichtsahnend einen Freund betreut hatten, die mörderische Strafe.

Ein alter Herr, Namens Talbot, dessen beide Söhne im Kampf für Napoleon gefallen waren, galt bei der Polizei als ein Feind des Kaisers; es war jedoch noch niemand gelungen, dem vorstichtigen Mann den Beweis dieser Feindschaft zu entlocken. Eines Tages traf Talbot auf einem Spaziergang in einem Park einen alten Bekannten, den er lange nicht gesehen hatte. Nach dem Grund seiner traurigen Stimmung gefragt, antwortete Talbot: Ich hatte zwei Söhne, die einzige Hoffnung meiner alten Tage; sie sind beide ermerdet worden, der eine bei Eylau, der andere bei Bougen.“ Während die beiden Herren sich unterhielten, sprang plötzlich ein hübsches, gepflegtes kleines Mädchen auf die beiden Freunde zu und sagte, es werde von seiner Wärterin verfolgt. Die beiden Greise erblickten denn auch wirklich eine Amme in der Allee, die ein Kind auf dem Arm trug. Sie beruhigten den kleinen Flüchtling und versprachen, die Wärterin zu versöhnen. Die Wärterin kam jedoch nicht und einer der beiden Herrn nahm die Kleine auf den Schoß, während Talbot im Gespräch fortfuhr: „Guter Gott,“ sagte er, „wirst du nie das Ungeheuer zu Boden schmettern, das meine Söhne auf die Felder des Todes geschleppt hat!“ „Sie rufen die Blüte des Himmels auf das Haupt des Urhebers aller unerheblichen Leiden herab,“ erwiderte der Freund. „Ihre Wünsche werden, wie ich glaube, bald erfüllt werden!“ Das Kind machte sich in diesem Augenblick von den Knien des Greises los, rannte auf die Wärterin zu, die sich in der Ferne wieder zeigte und verschwand bald darauf mit ihr.

Wenige Tage später wurde Talbot verhaftet und Bidocq vorgeführt, der ihm wortwörtlich alles wiederholte, was er mit seinem Freund im Park gesprochen hatte. Talbot leugnete. Da ließ der Chef der Geheimpolizei seinen Freund herzuführen, bei dessen Anblick der Verhaftete den vermeintlichen Verräter mit Barmüthigkeiten überschüttete, bis Bidocq ihn aufklärte, jener habe ihn nicht verraten, sondern sei als sein Mitkündiger ebenfalls festgenommen. Talbot ließ sich jedoch nicht beruhigen, es sei ja nicht möglich, sagte er, daß ihn ein anderer verraten habe, da ja kein Mensch in der Nähe gewesen sei. Bidocq lächelte höhnisch: „Das tut nichts! Wissen Sie, daß selbst die Luft uns unbefonnene Reden zuträgt?“ — In einem einsamen Schloß eingekerkert erfuhren beide Angeklagten erst nach Jahren, daß das reizende Kind ihr Verräter gewesen sei.

Chinesische Studenten im Auslande. Nach neueren statistischen Angaben wurde die Zahl der chinesischen Studenten in Deutschland auf 300 geschätzt, in England studieren 450 chinesische Studenten, in Frankreich 1500, in Amerika 2000 und in Japan 2500. Ein großer Teil der Studierenden widmet sich in der Hauptsache den Volks- und Staatswissenschaften, was darauf schließen läßt, daß die Studierenden sich später den Regierungsdiensten zu widmen gedenken. Ein Teil der Studenten, die vorwiegend aus den Mofalenstaaten kommen, beschäftigt sich mit Rechtswissenschaften. Die Zahl der im Auslande studierenden chinesischen Studentinnen wird auf 125 geschätzt, von denen etwa 80 die Unterstützung der Regierung genießen.

Die Schwerkraft auf der Sonne ist etwa 26mal größer als auf der Erde.

Paul Franke: Im Osten nichts Neues

Was der Film nicht zeigt

Hätten die Truppen an der Westfront unter erhöhter Gefechtsfähigkeit der Engländer, Franzosen, Belgier und Amerikaner zu leiden, so die Truppen an der Ostfront um so mehr unter den Unbilden der Witterung. Schon die Winterschlacht im Majoren verlangte von Menschen und Tieren die allergrößten Anstrengungen. Tagelang ging es durch meterhohen Schnee. Aber je weiter wir nach Rußland vordrangen, desto schlimmer wurde es. Mit 70 Pfund Ausrüstung auf dem Rücken wurde die Infanterie ohne Erbarmen durch die weiten Strecken getrieben; durch Morast und aufgeweichte „Straßen“, soweit man in Rußland überhaupt von Straßen sprechen kann. Die Artillerie und Sogage blieb sehr oft im Dreck stecken. Munition- und Verpflegungswagen kippten um oder versanken. Die Folge war, daß die Infanterie oft ohne jeden Artillerieschutz angreifen mußte und zusammengeschossen wurde. Oft blieb die Verpflegung sechs bis zehn Tage aus. Rohes Feldfrüchte und unrefines Obst waren dann unsere einzige Nahrung. So kam es, daß im August 1915 die Ruhr und Cholera unser Bataillon heimsuchten. Fast jeder zweite Mann wurde davon befallen, und nur für wenige gab es Rettung. Unter den entseßlichsten Qualen starben sie. Ueber Komms und Wilna hinaus ging es dann noch bis zur Berefsina, wo Ende 1915 unser Vormarsch endlich zum Stehen kam. Dort, wo selbst ein Napoleon bei dem strengsten Winter zur Umkehr gezwungen wurde, gruben wir uns ein.

Die Verpflegung wurde immer miserabler. Dörren, Kohlrüben, Klippfisch, Kommissbrat mit Sägemehlzusatz und Marmelade bildeten unsere Hauptnahrung. Dazu hatten wir stark unter Ungeleser zu leiden. Mäuse und Ratten ließen uns in den Unterständen beim Schlafen übers Gesicht. An den Decken der Unterstände hingen leere Konserndbüchsen, um das Regenwasser aufzufangen. Das Brot hing an einem Bindfaden ebenfalls an der Decke, um es vor Mäuse- und Rattenfraß zu schützen. In unserem Unterstand hausten so 16 Mann mit nasen und gefrorenen Sachen auf dem Leibe. Waren wir auf Posten, froz einem der Kaffee in der Feldflasche zu Eis. Alle Brunnen und Wassertümpel waren zugefroren. Im Schnee wuschen wir uns, wer überhaupt noch Lust dazu verspürte, und aus Schnee kochten wir Kaffee. Im Kochgeschirr wuschen wir die Strümpfe und unsere Füße, um nachher Witzig daraus zu essen.

Die schreckliche Kälte übersteigt alle menschlichen Begriffe. Der Schnee lag von Anfang Dezember bis Mitte April. Am schlimmsten aber waren die Schneestürme, die oft tagelang wüteten und sich fast jede Woche wiederholten. Durch den Schneesturm wurden sämtliche Lauf-, Deckungs- und Schützengräben zugeweht, die Mannschaften waren in den Unterständen eingeschlossen, die Posten eingekesselt, das ganze Bataillon war unter dem Schnee buchstäblich begraben. Von nördwärts herbeizugewandene Bloniere mußten uns ausgraben. In einer dieser schrecklichen Nächte, es waren über 30 Grad Kälte, gingen 45 Mann unseres Bataillons zugrunde. Ein Teil war buchstäblich erfroren und die anderen waren so mitgenommen, daß ihnen Beine und Arme amputiert werden mußten. So

grausig war die Verwüstung in einer Nacht, daß man sich noch acht Monate später, als ich verwundet im Lazarett lag, davon erzählte. Jede Kampfhandlung war bei dieser Bitterung ausgeschlossen. Die Kammern der Gewehre ließen sich einfach nicht mehr bewegen. In tiefen, steilgefrorenen Felzen standen wir Posten mit Kopfschützer und Feldmütze, darüber den Stahlhelm und über ihm noch einen großen Sack, weil es vor Kälte einfach nicht auszuhalten war. Unfähig, sich überhaupt in diesem Aufzug oder in dieser Verfassung zu wehren. Unausgesetzt trieb der aus Osten kommende starke Wind uns den Schnee ins Gesicht und in die Augen. Unwillkürlich mußte man sie schließen. Aber nur nicht einschließen, sonst war man verloren! Kopfschützer, Feldmütze und Sack froren am Kopf und an den Haaren fest, um erst im Unterstand allmählich wieder aufzutauen. Wohl verjügte das Armeekorpskommando, das 80 Kilometer hinter der Front war, daß angesichts der Kälte die Wachen stündlich statt zweistündlich abgelöst werden sollten, aber der Befehl konnte nicht ausgeführt werden, weil nicht genügend Mannschaften vorhanden waren. Hätten die Russen gewußt, in welcher Verfassung wir uns befanden, und wie dünn unsere Schützenketten waren, es wäre ihnen ein Leichtes gewesen, uns über den Haufen zu rennen. Hatten wir erst unter der bittersten Kälte im Norden Rußlands zu leiden, so schickte man uns Anfang 1918, nach dem „Frieden“ von Brest-Litovsk, zuerst nach Südrußland bis zum Aowschen Meer und dann in das nördliche Kaulakusgebiet. Hier herrschte schon morgens eine schier unerträglich Hitze. Sie war so groß, daß man uns Tropenanzüge liefern mußte. Das Essen, das hier reichlicher war, konnte der Magen aber bei der Hitze

Großstadtplatz am Abend

Es schrillt und hupt und kreischt und quiescht und gestt und kreist um eines Sipos Armgymnastik. Die Häuser sehn im Schmutz von Studypulplastik Dumm tanfenshaft auf diese wilde Welt.

Die Menge wagt wie ziellos hin und her. Dort neben einem blauen Mädchenbild Trägt einer Schmitze und mit sehr viel Schick Ein Buch sowie studentische Kulör.

Proletenkinder hasten blah nach Haus; Doch ihre Sehnsucht bleibt beim Filmprogramm Der Litschbläule. Ueberall am Damm Schrein Zeitungshändler Sensationen aus.

Hoch über ihnen höhnt die Dunkelheit Der Lichtreklame zügelloser Tanz. Laternenschein flammt auf im Aufstallglanz. Der Himmel und die Sterne sind sehr weit.

Druck H. Schmidt.

Schwarztopf legt nicht still!

Die Betriebe werden durchgehalten.

Die Arbeiter und Angestellten der Schwarztopf-Werke in der Scheringstraße und in Wildau haben in den letzten Wochen unter schwerstem Druck wegen ihrer Zukunft gestanden. Waren doch die nach dem Millionenverlust des letzten Geschäftsjahres aufzustehenden Gerüchte über eine etwaige Stilllegung der Betriebe und Liquidation des gesamten Unternehmens bis in die letzte Werkstätte und das kleinste Büro gedrungen.

Der Verlauf der gestrigen Generalversammlung bei Schwarztopf gibt wenigstens den jetzt noch Beschäftigten die Sicherheit, fast vollständig den Winter über beschäftigt zu werden. Es war vorauszu sehen, daß von verschiedenen Aktionären die Forderung auf Liquidation des gesamten Unternehmens gestellt wurde. Die betreffenden Aktionäre begründeten ihre Forderungen damit, daß die Schwarztopf-Werke ihre hochwertige Substanz, die durch den Verlust im letzten Jahr bereits angegriffen sei, bei weiterem Verlauf der Lokomotivtrifflerie sowieso verlieren würden, daß schließlich nicht mehr viel übrig bliebe. Die Verwaltung trat diesem übertriebenen Pessimismus mit bemerkenswerter Energie entgegen.

Der leitende Direktor des Unternehmens, Dr. von Klemperer, wies darauf hin, daß Schwarztopf im letzten Jahr zum ersten Male seit dem 60jährigen Bestehen der Aktiengesellschaft einen Verlust ausgewiesen habe, und daß die Dinge bei Schwarztopf nicht besser und nicht schlechter ständen als im gesamten deutschen Maschinenbau. Er fügte hinzu, daß die Schwarztopf-Bilanz darüber hinaus aber sich durch ihre starken Reserven noch sehr vorteilhaft von den meisten anderen deutschen Maschinenbauunternehmungen abhebe.

Zu dem brennendsten Problem bei Schwarztopf, dem Lokomotivbau, führte der Vorsitzende aus, daß der Abschluß des Reichsbahnvertrages unmittelbar bevorstehe. Dieser Vertrag sichere wenigstens ein Minimum an Beschäftigung zu auskömmlichen Preisen. Von wesentlicher Bedeutung sei ferner, daß dieser drei-

jährige Lieferungsvertrag der Lokomotivindustrie mit der Reichsbahn die Vorbedingungen für ein Exportkartell geschaffen habe, das seinerseits wieder die Bahn für einen internationalen Lokomotivverband freimache. So ungünstig also auch die jetzige allgemeine Lage wäre, seien doch Anzeichen dafür vorhanden, daß endlich der zerrüttende Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte in geregelte Bahnen geleitet würde. Wenn auch mit weiteren Verlusten bei Schwarztopf im laufenden Geschäftsjahr gerechnet werden müßte, so ständen diese doch in keinem Vergleich mit den Verlusten, die durch eine Liquidation des Unternehmens zwangsläufig entstehen würden.

Die Verwaltung von Schwarztopf, die auch die Notwendigkeit betont, ihren alten Arbeiter- und Angestelltenstamm in den schlechten Jahren durchzuhalten, zeigt für die gegenwärtige Lage mehr Verständnis als die Aktionäre, denen der scharfe Kurssturz der Schwarztopf-Aktien auf die Nerven gefallen ist. Selbst vom Standpunkt eines Aktionärs aber, der nach gewinnlosen Jahren auf seine Dividende pocht, sind die Forderungen auf Liquidation als glatter Unfug zu bezeichnen. Schwarztopf ist eines der modernsten Lokomotivwerke der Welt und das zweitstärkste Unternehmen seiner Art in Deutschland. Aber auch neben diesem wichtigsten Betrieb stellen die übrigen Fabrikationsabteilungen, darunter besonders der seit Jahrzehnten betriebene Selmachinenbau und der seit vier Jahren neu in Angriff genommene Druckmaschinenbau, der ganz neue technische Verfahren ermöglicht, sehr wertvolle Arbeitsposten dar. Natürlich sind auch diese Betriebe von der Krise im Druckereigewerbe schwer betroffen.

Nach unserer Informationen wird in nächster Zeit eine neue Lokomotivserie von zehn Maschinen für Bulgarien in Angriff genommen. Ueber einige andere größere ausländische Projekte schweben zur Zeit noch Verhandlungen. Kommen diese zu einem positiven Abschluß, so kann im neuen Jahr sogar mit Neueinstellungen gerechnet werden.

an das Stammhaus abgeführt haben. Jetzt begnügt man sich mit der kurzen Feststellung, daß die tatsächliche Rentabilität „wohl nicht ganz vollkommen“ zum Ausdruck kommt.

Dieses merkwürdige Gegenpiel von Forschung und Wirtschaft gefällt uns wenig. Wir begrüßen die Handelsforschung und respektieren den im allgemeinen großen Publizitätswillen der Warenhäuser. Aber wenn sachliche Einwände gegen zahlenmäßige Feststellungen zu erheben sind, so haben die Interessenten die Möglichkeit, diese in der Öffentlichkeit darzulegen, und eine Forschungsstelle sollte dann ihrerseits, wenn sie schon einmal gesprochen hatte, wieder öffentlich dazu Stellung nehmen. Die hier zur Anwendung gekommene Methode kann weder der Forschung noch der Wirtschaft nützen, was wir feststellen möchten.

Chemie-Magnaten machen Politik.

Parlamentarische Um die Farbeinfuhr in England.

Die Labourregierung in England, die in dem Kampf gegen prohibitive Zölle besonders aktiv ist, hatte, wie wir bereits berichteten, im englischen Unterhaus nach längeren parlamentarischen Kämpfen das berühmte Farbensgesetz zu Fall gebracht. Dieses Gesetz sah vor, daß die Einfuhr von Farben und Farbstoffen, die in England selbst hergestellt wurden, und deren Preise die ausländischen Fabrikate nur bis zu einer gewissen Höhe übersteigen, nicht zur Einfuhr nach Großbritannien zugelassen waren. Von diesem Gesetz war Deutschland als größter Chemieexporteur der Welt besonders hart getroffen.

Da das englische Farbensgesetz einem glatten Einfuhrverbot dergewissermaßen ähnlich sah, war das Vorgehen der britischen Labourregierung im Interesse einer Befreiung des Welthandels von seinen prohibitiven Fesseln besonders zu begrüßen. Um so größer ist nicht nur in englischen Freihandelskreisen, sondern auch im Zustande der Enttäuschung, daß die Lords im englischen Oberhaus die Aktion der Labourregierung sabotiert haben. Da die Regierung nur die Wahl zwischen Neuwahlen oder der Annahme des Oberhausbeschlusses hat, muß sie wohl oder übel die Entscheidung des Oberhauses annehmen.

Die Erregung bei den Labourabgeordneten und den Liberalen im Unterhaus ist außerordentlich groß. Sehr bezeichnend für die Hintergründe, die die Entscheidung der Lords im Oberhaus beeinflusst haben, ist die Rede eines Labourabgeordneten, daß sich die Direktoren des Imperial Chemical Trust, die als Abgeordnete in beiden Parlamentshäusern saßen, ganz offen damit brüsteten, daß dieses Milliardenunternehmen dem britischen Parlament seinen Willen aufzwinge. Eine Parallele zwischen wirtschaftspolitischen Vorgängen im deutschen Reichstag, die gleichfalls durch brutale Interessenspolitik hervorgerufen wurden, liegt bei diesem englischen Parlamentaristandauf außerordentlich nahe.

Sondervertrag gegen Zollerhöhung.

Zwischen Dänemark, Holland, Schweden, Norwegen und Belgien.

Eine Konferenz für Zollwaffenstillstand, an der Dänemark, die Niederlande, Schweden, Belgien und Norwegen teilnahmen, tagte in Oslo im Ministerium des Auswärtigen um den norwegischen Antrag zu prüfen, nach dem diese Länder verpflichtet sollten, die Zollsätze nicht zu erhöhen, ohne sich gegenseitig zeitig genug zu verständigen. Die Sitzung wurde vom norwegischen Ministerpräsidenten Nowinkel eröffnet, der in seiner Begrüßungsrede sagte, der hier zustande kommende Vertrag scheine zwar eine geringe Tragweite zu haben, er werde aber vielleicht in der Zukunft bedeutend erweitert werden.

Die Abfindung der Reichsbankaktionäre.

Im Anschluß an die durch den Young-Plan bedingte Neuordnung haben sich die Aktionäre der Reichsbank zu einer Verringerung ihrer Gewinnbeteiligung zugunsten des Reichs bereit gefunden. Dafür sollten sie ein Bezugsrecht in der Höhe erhalten, daß die Reichsbank auf je vier Reichsbankanteile über 100 M. einen Reichsbankanteil über 100 M. und eine Aktie der Deutschen Golddiskontbank über 10 Sterlingpfund, beide mit Gewinnberechtigung für die Zeit vom 1. Januar 1930 ab, gratis gewährt. Dabei ging die Reichsbank davon aus, daß die Deutsche Golddiskontbank eine Dividende von 5 bis 6 Proz. verteilen wird. Mit einer solchen Dividende ist fürs erste nicht zu rechnen, weil, wie die Reichsbank erklärt, die Golddiskontbank sich in ihrer Politik und namentlich in ihrer Zinspolitik nicht von Rücksichten auf die Dividende, sondern mehr von Rücksichten auf einen vermehrten Export entscheidend beeinflussen lassen darf. Die Reichsbankleitung wird mit ihren Aktionären noch Wahl an Stelle der Golddiskontbankaktie unter Zugrundelegung eines Kurses von 110 Proz. eine Barvergütung in Höhe von 22,40 M. für je 10 Sterlingpfund gewähren, durch die zugleich die Dividende für das Geschäftsjahr 1930 abgegolten wird.

Gewinne im Einheitspreisgeschäft.

Niedrigste Gehälter — höchste Personalleistungen. — Ein Forschungsintermezzo.

Die Forschungsstelle für den Handel hat kürzlich der Presse eine wissenschaftliche Arbeit über die Einheitspreisgeschäfte in Deutschland und Amerika vorgelegt, mit interessanten Angaben über die Entwicklung der Betriebswirtschaft und der hohen Rentabilität dieser neuen Unternehmensform.

Die Umsätze der vier größten deutschen Konzerne

Chape u. G. (Leonhard Tief), Epa u. G. (Karlstadt), Woolworth und Wohlwert haben sich von 36 Millionen Mark 1927 auf etwa 230 Millionen Mark 1930 gesteigert. Es wird festgestellt, daß die Einheitspreisgeschäfte mit relativ geringen Kosten arbeiten, da die Personalleistungen in diesen Geschäften — niedrigste Entlohnung von 100 M. je Verkaufskraft bei Verkaufseinstellungen bis zu 3000 M. je beschäftigte Person — sehr hoch sind, ferner ist keine Reklamekosten aufgewandt worden, die Kosten der Lagerhaltung infolge des acht- bis zwölffachen Warenumschlags gering sind, daß geringe Umschlagsquoten bestehen usw. Die Forschungsstelle stellt weiter fest, daß die Aufschläge auf den Einkaufspreis bei den Einheitspreisunternehmungen nur ausnahmsweise geringer ist als bei den Fachgeschäften. Bei einem deutschen Einheitspreisunternehmen wurde im Gesamtdurchschnitt aller Abteilungen ein Handelsaufschlag von 56 Proz. des Einkaufswertes ermittelt. Die Forschungsstelle kam zu dem Ergebnis, daß im deutschen Einheitspreisgeschäft „eine stattliche Gewinnspanne verbleibt“; der Reingewinn wurde mit etwa 11 Proz. vom Umsatz angegeben.

Diese Feststellungen scheinen nun den beteiligten Interessentkreisen nicht gefallen zu haben.

Wenige Stunden nach Uebermittlung der Arbeit an die Presse erging bereits eine „berichtigende“ Erklärung der Forschungsstelle für den Handel an die Presse. In dieser Erklärung wurde festgestellt, daß nach Abzug verschiedener Verrechnungen zwischen Mutter- und Tochtergesellschaften, der Steuern und Abschreibungen, der bilanzmäßige Reingewinn nur 1,5 Proz. des Umsatzes betragen hat. Das ist keine sehr erschütternde Feststellung und Berichtigung, denn die Forschungsstelle für den Handel hatte in ihrer Arbeit ausdrücklich gesagt:

Die ausgewiesenen Reingewinne vom Umsatz „bringen die tatsächliche Rentabilität der deutschen Aktiengesellschaften nur unvollkommen zum Ausdruck; man darf wohl vermuten, daß nicht

nur die starke Expansion beider Firmen (Chape und Epa) ausschließlich aus ihrem Reingewinn finanziert worden ist, sondern daß sie darüber hinaus ihren Muttergesellschaften noch namhafte Beträge zugeführt haben“.

Immerhin: Eine Korrektur der genannten Handelsaufschläge und der sonstigen Feststellungen des Forschungsinstituts wird in der berichtigenden Erklärung nicht gegeben.

Merkwürdige Feisuren.

Die Forschungsstelle für den Handel hat sich jedoch nicht mit der wiedergegebenen Presseberichterstattung begnügt, sondern hat für die breitere Öffentlichkeit, die Abonnenten ihrer Mitteilungen usw., eine veränderte Fassung ihres Berichts vorgelegt. Die wichtigsten Ergebnisse des Berichts werden auch jetzt nicht geändert; sie werden aber in „gefälliger Form“ gebracht.

Es wird festgestellt, daß der Reingewinn bei einem Einheitspreisunternehmen 11 Proz. vom Umsatz, bei einem anderen 8 Proz. vom Umsatz beträgt und daß die bilanzmäßig ausgewiesenen Reingewinne der zwei anderen Konzerne wesentlich niedriger sind. Auch bezüglich der Handelsspanne wird die zahlenmäßige Wahrheit nicht bestritten, aber an Stelle eines Bruttoaufschlages von 56 Proz. auf den Einkaufspreis wird jetzt ein Aufschlag von 33 Proz. vom Verkaufspreis genannt, was genau das gleiche bedeutet. Die zahlenmäßigen Angaben über die niedrige Entlohnung und die hohe Verkaufseinstellung sind in dem neuen Bericht unverändert.

Der Kommentar zu den Zahlenangaben ist aber wieder voll von „Stilwandlungen“. Es ist nicht mehr von „hohen“ Gewinnen, sondern nur noch von „beachtlichen“ Gewinnen, nicht mehr von der „ungewöhnlich hohen“ Rente, sondern der „beachtlichen Rente“ die Rede. Die Abschnitte „Hohe Personalleistung“ und „Hohe Rentabilität“ tragen nunmehr in der veränderten Fassung nur noch die Ueberschriften „Personalleistung“ und „Rentabilität“. Noch vor wenigen Tagen wurde mit ausführlicher Begründung dargelegt, daß die Gewinne der Einheitspreis-Aktiengesellschaften in den Bilanzen „nur unvollkommen“ zum Ausdruck kommen, daß diese Unternehmungen ihre starke Expansion größtenteils aus Gewinnen bestritten haben und darüber hinaus noch namhafte Beträge

Echte Perser-Teppiche

In riesiger Auswahl trotz unserer bekannt billigen Preise mit einem Rabatt von

15%

TEPPICHE

- Bouclé-Tepp. reines Haargarn, mod. d. d. r. Muster, Größe 200 X 300 **36⁰⁰**
- PrimaVelvet erp. Gebrauchsqual., Perser u. modern, Gr. 200 X 300 **54⁰⁰**
- Mech. Smyrna reines Wollgarn, mod. u. Perser, erp. Qual., Gr. 200 X 300 **63⁰⁰**
- Bouclé Brücken reines Haargarn, neueste Muster, Strapaz., Qual., Gr. ca. 90 X 180 **9⁵⁰**
- Wollpl. - Brück. mit Franse, Perser-Muster, Größe ca. 90 X 180 **12⁰⁰**
- Tornay-Valour Brücken, 12 Markenfabrikat, Größe ca. 90 X 180 **21⁰⁰**



NOCH NIE SO BILLIG

ZAHLUNGSERLEICHTERUNG

Monatsraten, streng diskret
OHNE PREISERHÖHUNG

GARDINEN DEK.-STOFFE

- Faltenstore moderne Grundstoffe mit Einsätzen und Kunstseidenfransen per Meter **2⁹⁰**
- Faltenstore Gitterüll mit handgearbeitet. Filzeinsätz u. Kunstseidenfransen p. M. **4⁹⁰**
- Bettdecken über 2 Betten, moderne Zeichnung, sehr gute Qual., mit handg. Motiven **9⁵⁰**
- Kunstseide, Künstlerdrucke in allen Farben, indanthren ca. 130 cm breit per Meter **2⁴⁰**
- Jacquard-Noppenrips neueste Muster in violetten Farben, indanthren, ca. 130 cm br. p. Meter **4⁵⁰**
- Jacquard-Noppenrips schw. Kunst-Qual., indanthr. L. all. Farben ca. 130 cm breit per Meter **6²⁵**

LÄUFER-STOFFE

- Prima Bouclé-Läufer mod. Streifen, neueste Muster gut. Material, ca. 70 cm br., Mtr. **2⁶⁵**
- Jacquard-Bouclé-Läufer moderne Zeichnungen ca. 70 cm breit Meter **4²⁵**
- Prima Haar-Tournay moderne Muster, ca. 70 cm br. Meter **5⁹⁰**

OTAG

LEIPZIGER ECKE MARGRAFENSTRASSE

